

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland, 4,50 Reichsmark, für das Abonnement 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 24. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikalkonto: Berlin 27 526 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Sparkassen und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Postfach 110, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierzeile 60 Pfennig. Reklamzeile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 25 Pfennig (gültig zwei Setzgedruckte Wörter). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Nachfragen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 6 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Zollkampf im Reichstag.

Hilferdings: „Wenn Sie die Handelspolitik ändern wollen, fragen Sie doch die Wähler!“

Hilferdings Rede über die Zollpolitik, die gestern im Reichstag bei den Freunden stürmischen Beifall, bei den Gegnern respektvolle Aufnahme fand, mag für sich selber sprechen. Uns liegt daran, die Aufmerksamkeit der Massen auf sie zu lenken, weil wir sie als ein Signal zu einem Kampfe betrachten, der nicht weniger wichtig ist und die Kräfte der Partei nicht weniger in Anspruch nehmen wird als der Kampf um die Fürstenermögen.

Die Erhöhung der Lebensmittelzölle, die auf dem Wege des deutsch-schwedischen Handelsvertrags eingeschmuggelt werden soll, ist eine Frage, die jeden Mann und jede Frau im Volke auf das stärkste interessieren muß. Wir stehen nicht an, hier zu erklären, daß dieses Interesse bisher noch nicht stark genug war. Angeblich hat ja die Sozialdemokratie die Massen zum „Materialismus“ erzogen. Wir merken davon nichts, und wir hegen den dringenden Wunsch, daß die Massen ein wenig mehr Unterricht im „Materialismus“ nehmen möchten — nicht bei uns, sondern bei den Interessentten des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, die ihre materiellen Interessen wahrhaftig noch nie vernachlässigt haben.

Der Mann und die Frau aus dem arbeitenden Volke, die für eine Schaar hungeriger Mäuler zu sorgen haben, sie haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich darum zu kümmern, was für zollpolitische Experimente in den Geheimratsstuben ausgekügelt werden und wie sie auf ihren Brotkrumen wirken. Offenbar haben sie dieser Pflicht bisher noch nicht in ausreichendem Maße genügt, sonst wäre es ja gar nicht denkbar, daß jetzt versucht wird, so über ihre Interessen hinwegzugehen, wie das tatsächlich der Fall ist.

Mit erschütterlicher Klarheit hat Genosse Hilferding ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie keineswegs für ein — in diesem Augenblick nur theoretisches — Freihandelsziel kämpft. Es handelt sich für sie jetzt nur darum, eine Verschärfung des Schutzzolls zu verhindern, die dem Arbeiter, dem Angestellten, dem Beamten, den Leuten mit geringem Einkommen geradezu die Kehle zuschnürt, die einen großen Teil der Landwirtschaft, die viehzüchtende Bauernschaft in ihrer Not nur noch schwerer belastet und für die Gesamtwirtschaft den Ausweg aus der Krise verperrt.

Für die Sozialdemokratie und die hinter ihr stehenden Massen kann die Zollfrage kein weniger wichtiges Kampfobjekt sein als die Frage der Fürstenermögen. Und wer da glaubt, die Massen seien jetzt vom Volksentscheid abgelenkt und man könne ihnen die Schlinge des Brotwuchers über den Kopf werfen, der soll sein blaues Wunder erleben.

Leider ist es auch in diesem Zusammenhang notwendig, ein Wort über die Kommunisten zu sagen. Ihr Verhalten war gestern idiotisch. Vorgestern waren sie noch vernünftig genug, dem Knappheitsgesetz zuzustimmen, weil es für die Arbeiter Verbesserungen bringt, also praktische Arbeiterpolitik zu treiben. Gestern haben sie sich in dem extremen Agrariern vereinigt, um den deutsch-dänischen Handelsvertrag, der nur Erleichterungen bringt, abzuschneiden — was glücklicherweise nicht gelang. Wie die Kommunisten dazu kamen, Pferdezüchterinteressen über Arbeiterinteressen zu stellen, ist unersinnlich.

Eine geschlossene linke Front für den deutsch-dänischen Vertrag wäre um so notwendiger gewesen, als von der Rechten her ein absonderliches Spiel mit diesem Vertrag gespielt wird. Die Sozialdemokratie versuchte im Arbeiterinteresse seine sofortige Verabschiedung auch in dritter Lesung durchzusetzen, scheiterte dabei aber an dem Widerstand von rechts. Es gab dabei einen Himmelsprung, bei dem die Volksparteiler zunächst zu den Sozialdemokraten liefen, dann aber von ihren Hammeln wieder zurückgeholt wurden. Man sah Herrn Scholz heftig auf Herrn Stresemann eindringen und hörte dessen verzweifeltsten Ruf: „Ich kann doch gar nicht anders als Außenminister!“ Dann aber verschwand er und ward nicht mehr gesehen.

Es ist ein erbittertes zähes Ringen vor den Kulissen und hinter den Kulissen. Und sollte der Reichstag aufgelöst werden, so wird es nicht nur um die Fürstenermögen, sondern auch um die Zollfrage gehen. Im Grunde mehr um die zweite als um die erste. Denn bei den Fürstenermögen handelt es sich um ein Herüber-Hinüber im Volkseinkommen um Milliardenwerte. Die Herren von der Mitte mögen die sozialdemokratischen Anträge zur Fürstenvorsage annehmen und in der Zollfrage den Plänen der Rechten die

Hilfe verweigern. Dann haben sie Frieden. Wenn aber nicht, dann gibt es Kampf! War die erste Lektion, die des Volksentscheids, noch nicht deutlich genug, dann muß eine zweite folgen: Auflösung des Reichstags und Neuwahlen!

Hilferdings Rede.

Genosse Hilferding führte gestern bei der 1. Lesung des deutsch-dänischen Handelsvertrags im Reichstag aus: Die neue Regelung, die mit diesem Vertrag versucht wird, berührt auf das allerheftigste die Grundlagen unserer gesamten Handelspolitik, besonders an ihrem empfindlichsten Punkte, nämlich in der Frage der Lebensmittelzölle.

Der Vertrag stellt die Frage der künftigen Gestaltung unserer Handelspolitik in bezug auf die Lebensmittelzölle in einer Weise auf, die im vollen Widerspruch zu den Erwartungen steht, die wir nach den Verhandlungen des vorigen Jahres hegen durften.

Es ist um so auffälliger, daß die Grundlagen unserer Handelspolitik gerade jetzt zur Entscheidung gestellt werden, wo die Wirtschaftsenquete zu arbeiten angefangen hat, die beschließen

worden ist, um die wissenschaftlichen Unterlagen für unsere künftige Handelspolitik zu prüfen. Vor wenigen Tagen, als unsere Freunde im volkswirtschaftlichen Ausschuss ein Vorgehen der Regierung in der Kartellfrage verlangt haben, waren Sie alle der Ansicht, daß das geleggeberische Vorgehen bis zu dem Zeitpunkt zu ruhen hätte, wo in der Wirtschaftsenquete die Grundlagen für die Behandlung dieser Fragen geschaffen sein würden. In der Kartellfrage waren sie für die Verschiebung, aber in der viel einschneidenderen Frage der Handelspolitik sind sie für die sofortige Behandlung, sozusagen für eine Verhandlung hinter dem Rücken, indem in einem sonst nicht sehr interessanten Vertrag die gesamten Positionen für die Lebensmittelzölle geändert werden.

Der bisherige Zustand beruhte auf dem Kompromiß, das zwischen den damaligen Regierungsparteien, vor allem zwischen den Nationalen und Zentrum abgeschlossen worden war. Die christlichen Gewerkschaften haben vor allem auf ein solches Kompromiß in der Frage der Lebensmittelzölle gedrängt. Sie bestanden darauf, daß die gegenwärtigen niederen Sätze, die bis zum 1. August gelten müßten, in das Gesetz hineinkämen. Obwohl wir auf einem anderen Standpunkt standen, haben wir damals anerkannt, daß diese Regelung eine gewisse Verbesserung gegenüber der Vorlage der Regierung bedeutete. Dieses Kompromiß hatte aber auch einen ganz bestimmten Sinn.

Die neue Regierung Briand.

Caillaux Finanzminister. — General Guillaumat Kriegsminister.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Ministerium Briand, das am Mittwoch nachmittag endlich zustande gekommen ist, hat durch den Eintritt Caillaux' eine starke Verschiebung nach links erfahren. Sein Schwergewicht liegt bei der Radikalsozialen Partei, die mit nicht weniger als vier Abgeordneten (Nogaro, Durafour, Perrier und Binet) und drei Senatoren (Caillaux, Chapuis und Durand) vertreten ist. Die republikanischen Sozialisten werden im Kabinett durch Briand und den ihnen nahestehenden Justizminister Cavot, die radikale Linke durch Daniel Vianet repräsentiert. Außerdem gehören dem Kabinett zwei gemäßigtere Republikaner, Leygues und Jourdain, an. Das rechte Zentrum ist in der neuen Kombination überhaupt nicht vertreten.

Stark kommentiert wird vor allem die Ernennung des Generals Guillaumat, des gegenwärtigen Oberkommandierenden der Rheinarmee, zum Kriegsminister. Guillaumat, der seit 1919 Mitglied des Obersten Kriegsrats ist und der 1917 Sorraal im Oberkommando der Orientarmee abgelöst hatte, gilt als einer der fähigsten und energiegelassensten Generale, über die Frankreich verfügt. Politisch steht er der Linken nahe, was auch daraus hervorgeht, daß Herriot ihn feinerzeit als Nachfolger des durch sein rigoroses Regiment im Rheinland bekannten Generals Mangin mit der Milderung des Offiziersstrafsystems betraut hat. Die Parteien, die in dem neuen Ministerium vertreten sind, verfügen über etwa 260 Stimmen. Es wird darüber hinaus, wenn nicht auf die Unterföhrung, so doch zum mindesten auf die wohlwollende Neutralität der 104 Sozialisten und vielleicht auch der 40 Abgeordnete starken Gruppe Bokanowski rechnen können.

Das neue Ministerium ist am Mittwochabend um 10 Uhr zur Festlegung der Regierungserklärung zusammengetreten.

Die Unterstaatssekretäre.

Paris, 23. Juni. (W.T.B.) Laut Havas werden die Unterstaatssekretariate voraussichtlich mit folgenden Persönlichkeiten besetzt werden: Ministerpräsidentenschaft: Abg. Danielou (Radikale Linke); Finanzen, und zwar Budget: Abg. Pietri (Radikale Linke), Schatzamt: Abg. Duboin (radikal); Luftschiffahrt: Abg. Laurent-Eonac (radikal); Dessenitischen Unterricht und schöne Künste: Abg. Pierre Kamell (Sozialrepublikaner); Handelsmarine: Abg. Balude (radikal); Post- und Telegraphenwesen: Abg. Astier (Radikale Linke); Befreite Gebiete: Abg. Dutrell (Republikaner).

Die nun endlich zustandegekommene Regierung ist zwar keine Kampfgovernment der Linken, wie sie Herriot versucht hatte, aber sie weist fast ausschließlich Namen von Parlamentariern auf, die einer dem Kartell der Linken angehörenden Gruppe angehören. Allerdings ist die Gruppe der sogenannten „Radikalen Linken“, also die Gruppe Loucheur, die den unzuverlässigsten rechten Flügel des Linkskartells bilden, auffallend stark berücksichtigt worden.

Vom Standpunkt der allgemeinen, nicht zuletzt der auswärtigen Politik kann man es nur begrüßen, daß die Regierung mit Poincaré nicht zustande gekommen ist. Denn

auch, man sich Poincaré auf eine rein finanztechnische Aufgabe beschränkt hätte, so würde Briand auf ihn und die Kräfte des Nationalen Blocks, die dieser vertritt, immer wieder Rücksicht genommen haben. Nun ist bis zur Herbsttagung des Völkerbundes eine konsequente Fortführung der Locarno-Politik umso notwendiger, als noch immer Zwischenfälle entstehen können, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu gefährden geeignet wären.

Für Frankreich ist das aber nicht die Hauptfrage, sondern alles dreht sich dort darum, ob es der neuen Regierung mit Caillaux als Finanzminister gelingen wird, den Frankentenzur zu halten und die Währung zu stabilisieren. Als Caillaux vor etwa einem Jahre wieder Finanzminister wurde, galt er in Frankreich als der Fachmann schlechthin. Aber wenige Monate genügten, um diesen Nimbus zu zerstören und es waren gerade seine eigenen Anhänger sowie die Sozialisten, die er durch seine kapitalistenfreundliche Politik am schwersten enttäuschte. Nun liegt gerade in der Schonung der Besitzenden die eigentliche Ursache des französischen Währungszerfalls. Hat sich Caillaux seit dem vergangenen Herbst geändert? Die große programmatische Rede, die er am letzten Sonntag in seinem Wahlkreis gehalten hat, gestattet noch nicht, diese Frage zu beantworten.

Diese übrigens in der Form meisterhafte Rede war frei von Schönfärberei und begann sogar mit einer regelrechten Kapuzinerpredigt gegen den Egoismus der gesamten Bevölkerung, insbesondere der kleinen Landwirte und Kaufleute, die die Wehrheit seiner Jühderschaft bildeten. Er warnte sie vor der Illusion großer Papiergewinne, hinter denen in Wirklichkeit nichts stecke. Er erwähnte kurz alle kindischen Hoffnungen, mit denen man das französische Volk während und nach dem Kriege, namentlich hinsichtlich der Reparationen genährt hat. Er verurteilte mit scharfen Worten die Politik der ewigen Anleihen, mit der man sich viele Jahre hindurch zu helfen glaubte! „Wir haben“, so sagte er drastisch, „unseren Sieg zum Verschammi getragen.“ Aber, als er davon ging, ein eigenes Programm zu entwickeln, da beschränkte er sich auf allgemeine Gesichtspunkte, die, wie uns scheint, den Kern der Sache nicht erfassen. Er forderte mehr Arbeit und Produktion durch bessere Arbeitsmethoden, größere Einschränkung bei der Einfuhr und sofortige Stabilisierung. Von einer gründlichen Steuererfassung des Besitzes sagte er nichts. Unter diesen Umständen muß man mit einer gewissen Steppis das Finanzprogramm abwarten, das er bei der Vorstellung des Kabinetts im Parlament entwickeln wird. Mit formvollendeten Reden und mit der Erkenntnis der Schwierigkeit des Problems ist es allein nicht getan. Bisher hat Caillaux die logischen Konsequenzen aus seiner Kapuzinerpredigt nicht gezogen und erst dann, wenn er dazu den Mut aufbringt, wird er das Ziel der möglichst schnellen Stabilisierung des Frankens verwirklichen können.

Im handelspolitischen Ausschuss ging damals die Ueberzeugung ganz allgemein dahin, daß diese Lebensmittelzölle die dauernden Zölle bleiben würden, und daß es innerhalb des Jahres gelingen würde, in Tarifverhandlungen diese Sätze von 3 M. für Roggen, von 3,50 M. für Weizen usw. als die allgemein und dauernd gültigen Vertragsätze zu stabilisieren.

Daß das richtig war, wird ja am besten dadurch bewiesen, daß eine Reihe von Zöllen, die Vieh- und Fleischzölle, entgegen unserer bisherigen handelspolitischen als Minimalzölle festgesetzt wurden. Damals bestand gar kein Zweifel, daß sie dauernde Vertragsätze werden sollten. Wir hatten damals angefangen die präzisen Lage unserer Vertragsverhandlungen eine Ausdehnung der Frist auf zwei Jahre verlangt. Es wurde uns entgegengehalten, daß innerhalb des Jahres diese Handelsverträge überhaupt abgeschlossen sein würden. Leider haben wir Recht behalten, alle diese Sätze laufen am 1. August ab.

Rum sind in dem schwedischen Vertrag Lebensmittelzölle hineingeschrieben worden, obwohl Schweden als landwirtschaftliches Importland an ihnen gar kein Interesse hat.

Es war lediglich die innerpolitische Absicht der Regierung, an Stelle der Sätze, die bis zum 1. August galten, neue Sätze in die Handelspolitik hineinzubringen. Und diese Sätze bedeuten für Roggen eine Verdoppelung, für Weizen eine Erhöhung von 3 M. auf 6,50 M., für Vieh und Fleisch ein Hiniausgehen über die in dem Gesetz festgelegten Minimalzölle.

Diese Minimalzölle für Vieh und Fleisch waren die Vertragsätze, die in den Zollverträgen des Fürsten Bülow geltendes Recht waren. Jetzt geht die Regierung sowohl in den Getreidezöllen, wie in den Vieh- und Fleischzöllen hinaus über die höchsten Sätze, die jemals in Deutschland in Geltung gewesen sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein wesentliches Bedürfnis unserer bäuerlichen Wirtschaft, billige Futtermittel zu haben, und nach langen Kämpfen wurde durchgesetzt, daß zwischen der Futtermittel- und Braugerste differenziert werde. Wir haben den Ein-Rart-Zoll für Futtermittel und den Drei-Rart-Zoll für Gerste. Jetzt ist der Gerstezoll einheitlich auf 5 M. festgesetzt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Verunsicherung des Saates für Futtermittel. Es ist ganz klar, daß gegen diese Verunsicherung gerade in bäuerlichen Kreisen eine Revolution eingetreten ist, die Sie allerdings überrascht.

Unsere Voraussage, daß der neue Tarif eine sehr schlechte Waffe sei den handelspolitischen Verhandlungen sein wird, hat sich durchaus bestätigt. Wir haben bisher Verträge mit den Staaten abgeschlossen, sei denen es außerordentlich leicht war, mit einer Ausnahme von Spanien, wo die Schwierigkeiten nur in der Agitation einer kleinen Interessengruppe gelegen haben. Im vorigen Jahre ist uns immer erklärt worden, daß die Sätze des autonomen Tarifs nur ein Instrument für die Verhandlungen sein sollten, es werde gelingen, dieses Niveau des Zollschutzes wesentlich zu erniedrigen. Bei den bisher abgeschlossenen Verträgen kann von einer Erniedrigung von Industrie- oder Landwirtschaftszöllen für die breiten Massen nicht die Rede sein. Weder ein erheblicher Industrie- noch ein Landwirtschaftszoll ist erniedrigt worden. Gerade für die Bauern wäre notwendig gewesen, die Industriezölle bei den Verhandlungen herunterzubringen, weil sie zu einem wesentlichen Teil Befastungen für sie darstellen. Das ist nicht geschehen.

Sie wollen jetzt die durch die Industriezölle auf die Bauernschaft gelegte Belastung durch Erhöhung des Agrarzollschutzes kompensieren.

Rum wird jetzt gesagt, was hier geschieht, ist keine Angelegenheit der inneren Politik, wir wollen eine neue Waffe für die künftige Befestigung der Handelspolitik haben, namentlich bei den Oststaaten würden diese Sätze erniedrigt werden. Ich gebe zu, daß gewisse Handelsvertragsverhandlungen auch die mit Polen außerordentlich schwierig sind. Aber einen Gesichtspunkt müssen wir mit der Schärfe hervorheben: in einem Zollkrieg gibt es keine Sieger, sondern nur Besiegte. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Und die bisherige Entwicklung der Schäden, die sowohl Deutschland wie Polen erfahren hat, gibt mir recht. Ich hoffe, daß es jetzt gelingen wird, nachdem gewisse Verhandlungen in der polnischen Politik erfolgt sind, diese Vertragsverhandlungen rascher zu fördern. Es ist das schlechteste Mittel, einen Druck auf einen Vertragsgegner auszuüben, indem man ganz allgemein Lebensmittelzölle festsetzt. Ich hätte mir denken können, daß man in Polen gesagt hätte: wenn ihr uns die notwendigen industriellen Zugeständnisse nicht machen sollt, dann können wir mit euch keinen Weißbegünstigungsvertrag schließen, dann werden wir die Agrarzölle differenzieren müssen.

Eine solche Drohung hätte einen viel stärkeren Druck ausgeübt, als etwa die gleichmäßige Anhebung erhöhter Zölle.

Wie aber auch die Absichten der Regierung gewesen sein mögen, die allgemeine Erhöhung der Sätze bedeutet, daß den Agrarier geteilt werden ist; es wird eine ganz neue Richtung der handelspolitischen eingeschlagen, das Kompromiß vom Vorjahre ist erledigt. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Die Wirkung dieses Vertrags auf die großagrarisches Bevölkerung war denn auch die, daß auf den Zoll als das einzige Rettungsmittel immer wieder hingewiesen wird. Daß es sich bei diesem Vertrag nicht um ein augenblickliches handelspolitisches Mittel handelt, zeigt ja auch, daß von ihnen (nach rechts) der dänische Vertrag mit dem schwedischen Vertrag zu verknüpfen versucht wird. Dabei handelt es sich bei dem dänischen Vertrag um ein Freihandelsland, der uns im Grunde genommen gar keine Opfer auferlegt. Diese Verknüpfung, monach Sie Ihre Zustimmung zum dänischen Vertrag als Druckmittel benutzen wollen, zeigt ja am besten, daß Sie diese Sätze bereits als endgültige betrachten wollen. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Sie hoffen, die Bevölkerung würde, wenn die Sätze erst eine Zeitlang in Kraft treten, sich allmählich an die Teuerung gewöhnen.

Und nun appelliere ich an den Teil des Zentrums, der sich rühmt, breite Arbeitermassen im Westen zu vertreten: Ist es in diesem Augenblick überhaupt zu verantworten, daß die Neuregelung erfolgt? Die ganze deutsche Wirtschaft leidet unter dem ungeheuren Druck der Arbeitslosigkeit. Fürchterlich sind die Zahlen in der Kurzarbeit. Der Textilarbeiterverband weist nicht weniger als 51 Proz. Kurzarbeiter auf, (Hört, hört! bei den Sozial.) Die Schuhmacher haben 37,4 Proz. und die Metallarbeiter 25,4 Proz. Kurzarbeiter.

Das bedeutet, daß der weitaus größte Teil unserer Arbeiterschaft heute überhaupt nicht den vollen Arbeitslohn bezieht, daß, wenn auch die Reallohn nicht wesentlich herabgedrückt werden könnten, doch das Arbeitseinkommen im ganzen in Deutschland ganz wesentlich zurückgegangen ist und die Arbeiterschaft ganz unerhört leidet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial.)

Die Erwartungen, daß wir im Sommer mit einer raschen Abnahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben würden, sind in keiner Weise erfüllt worden. Gerade die Regenerationsvorgänge, die man auch als Rationalisierung bezeichnet, bringen eine längere Arbeitslosigkeit für große Schichten der Arbeiterschaft. Wenn es gelingt, in den jetzt im Betrieb befindlichen Betrieben daselbe oder sogar mehr zu fördern als früher in einer größeren Zahl von Betrieben, so bedeutet das, daß 40 000 bis 50 000 deutsche Bergarbeiter dauernd aus ihrer Beschäftigung herausgeworfen sind. In einer Reihe von Industrien gelingt es zwar bereits wieder zur Rentabilität der vorhandenen Betriebe zu kommen, aber die Ausjaugung der Arbeitslosen legt noch in weiter Ferne.

Das bedeutet, daß die Last dieser Krise zu einem großen Teile von der deutschen Arbeiterschaft getragen werden muß. (Lebhafte Zustimmung links.)

Was bedeutet unter diesen Umständen die Erhöhung der Lebensmittelzölle für die Masse der Arbeitslosen? Eine fünfköpfige Familie bekommt im Höchstfalle eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 21 M. Ihre Ernährungskosten werden gegenwärtig auf etwa 24 M. wöchentlich geschätzt. (Hört, hört links.) Die Ernährungskosten bleiben also in der Woche um 3 M. hinter der Unterstützung zurück. Im vorigen Jahre wurde berechnet, daß die Zollbelastung 100 M. betragen würde, wenn diese Zölle in Kraft treten würden, bedeutete das eine weitere Steigerung von 50 M.

Wir würden mindestens eine Erhöhung der Belastung für eine fünfköpfige Familie auf 150 M. jährlich durch diese Zölle haben. Das entspricht dem siebenten Teil der Arbeitslosenunterstützung den diese Familie bezieht. (Lebhafte Hört, hört links.)

Können die Vertreter der Gewerkschaften ohne Unterschied der Parteien einer solchen Belastung zustimmen? Es könnte doch kein ungünstiger Moment für eine solche Erhöhung gefunden werden als der jetzige. (Lebhafte Zustimmung links.)

Ich gebe zu, daß im letzten Erntejahr eine schwierige Situation für unseren Grundbesitz eingetreten war, der hauptsächlich Roggen und Kartoffeln baut. Aber auch hier sollte nicht übertrieben werden. Es ist richtig, daß die Preise niedrig sind. Uebersehen wird dabei aber, daß der Gesamtenergieertrag gerade in Bezug auf Roggen und Kartoffeln sehr bedeutend höher als im Jahre vorher war. Berechnet man den Gesamtenergieertrag der Ernte, so wird man finden, daß der Gesamtenergieertrag aus den Getreiderträgen in Deutschland nicht niedriger sondern um 8 Prozent höher als im Jahre

vorher gewesen ist. Allerdings hat eine große Anzahl von Landwirten im Osten, die auf leichteren Boden wirtschaften müssen, unter dem Druck der Kreditnot vorzeitig zu niedrigen Preisen verkaufen müssen, sie sind dadurch in eine gewisse Notlage geraten. Aber das beweist doch, daß das ganze Problem gar kein Zollproblem; sondern wie im vorigen Jahre so auch jetzt vor allem ein Kreditproblem, ein Produktionsproblem ist. (Sehr richtig b. d. Sozial.) Verglichen mit den sehr hohen Industriezöllen sind die Getreidezölle noch außerordentlich höher. Wir haben bei den Industrieprodukten Zölle von 5,6 in besonderen Fällen von 10 und 12 Prozent. Bei Getreide- und Fleischzöllen sind es über 20 Prozent.

Das bedeutet eine Diskrepanz, die auf die Dauer nicht im Interesse Deutschlands ist, das ganz wesentlich Industriestaat ist, so wichtig auch die Landwirtschaft als Grundproduktion ist. Und diese Diskrepanz wollen Sie jetzt noch steigern!

Der Versuch der Differenzierung zwischen Futter- und Braugerste, die jetzt wieder befristet werden soll, hätte doch bedeutet, die Landwirtschaft dazu zu erziehen, immer mehr Veredelungswirtschaft zu treiben. Diese Tendenz soll durchkreuzt werden zugunsten des Großgrundbesitzers, besonders östlich der Elbe, der im wesentlichen Roggen und Kartoffeln baut. Man fürchtet die Erniedrigung des Preises der Futtermittel, weil man glaubt, daß Roggen und Kartoffeln, die mit der Gerste als Futtermittel zu konkurrieren haben, dann auch im Preise gedrückt werden würden. Das Ernährungsministerium hat der Befristung der Differenzierung zugestimmt, obwohl es ganz klar ist, daß damit die Interessen von mindestens 75 Prozent unserer gesamten landwirtschaftlichen Betriebe verletzt werden, besonders der kleinen bäuerlichen Betriebe, die auf den Verkauf von Futtermitteln angewiesen sind. Das ist aber auch volkswirtschaftlich schädlich, weil wir das stärkste Interesse haben, den Import animalischer Produkte aus dem Auslande zu verdrängen. Dieser Import ist nicht notwendig, wenn wir unsere gesamte Landwirtschaft, vor allem unsere bäuerlichen Wirtschaften dazu bekommen, sich auf die Veredelungsproduktion umzustellen. (Sehr wahr! b. d. Sozial.) Und diese Tendenz durchkreuzen sie mit dieser Art des Zolltarifs, wie er im schwedischen Handelsvertrag vorgezeichnet ist.

Auch wir wissen, wie schwierig es für ein Land wie Deutschland, das von hochschuldschillerischen Staaten umgeben ist, es ist den reinen Freihandeln ohne internationale Vereinbarungen zu proklamieren.

Gewisse Kompromisse in der Zollfrage müssen geschlossen werden, aber das sollte Sie, daß Sie (nach rechts) die Handelspolitik als lädenlosen Zolltarif machen wollen. Sie wollen die landwirtschaftlichen Produktionsmittel für unsere bäuerlichen Wirtschaften versichern, um den lädenlosen Zolltarif für den Großgrundbesitz herzustellen.

Vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Produktion ist dieser lädenlose Zolltarif das schlechteste, was man machen kann. Wir brauchen, wenn wir überhaupt mit Zöllen arbeiten wollen, einen differenzierten Zolltarif, der ganz bewußt die Intensivierung, die Veredelung im Landwirtschaftsbetriebe fördert und sie nicht erschwert zugunsten des rogen- und kartoffelbauenden Großgrundbesitzes. Wir müssen die Veredelungsproduktion fördern und nicht umgekehrt die rückständige Art des deutschen Körnerbaus im Osten noch durch hohe Zölle prämiieren.

Es ist nicht notwendig, daß der Osten von deutschen Bauern so leer bleibt. Es ist unser stärkstes bevölkerungspolitisches und nationalpolitisches Interesse, daß dort im Osten gesiedelt wird.

Aber bäuerliche Wirtschaften ansehen, heißt zugleich die Produktionsrichtung ändern und sie auf Veredelung umstellen, weil die bäuerlichen Wirtschaften namentlich im Osten vielmehr tierische Produktion erzeugen, als etwa der Großgrundbesitz.

Heute sind es ganz andere Fragen, die in der Produktionspolitik der Landwirtschaft eine Rolle spielen als vor dem Kriege. Es ist nicht mehr die Zollpolitik, es sind die Fragen der Produktions- und Kreditpolitik und hier sind wir bereit entgegenzukommen, weil auch die deutsche Arbeiterschaft das stärkste Interesse daran hat, daß ein so wichtiges Produktionsmittel, wie es der Boden ist, aufs nachdrücklichste geschützt wird und die stärksten Erträge liefert. Auf diesem Gebiete ist auch schon sehr viel geschehen. Seit der Stabilisierung sind 3,1 Milliarden neue Kredite in die Landwirtschaft geflossen. Bei dieser Kreditgewährung haben wir mitgewirkt, um der Landwirtschaft zu helfen. Also von einer Bauern- oder Landwirtschaftsfeindschaft kann keine Rede sein. Diese alten Agitationshefte müssen Sie zerreissen. (Sehr wahr links.)

An den 7. Volksbühnentag.

In Hamburg beginnt heute die Tagung des Deutschen Volksbühnenverbandes.

Die unterzeichneten Schriftsteller, Künstler und Kritiker sprechen mit einer Begrüßung des Volksbühnenkongresses ihren Klauen an die durch die große Volksbühnenbewegung mögliche Erweiterung des Theatergedankens aus. Die Volksbühnen haben nach unserer Ueberzeugung die kulturelle Verpflichtung, das Neue in der Kunst, das Zeitliche im Drama und die freiheitliche Gesinnung entschieden zu befähigen und das Konventionelle, Traditionsmäßige und Kleinbürgerliche zu verlassen. Nur wenn die Volksbühnen diesen Weg gehen, kann das Ziel, das Theater dem Volke zurückzugeben, und es wieder in den Mittelpunkt der Kultur zu stellen, erreicht werden.

Georg von Arco, Hans Baluschek, Max Barthel, Johannes R. Becher, Julius Maria Becker, Leonhard Frank, Oskar Maurus Fontana, Manfred Georg, Heinrich George, Alexander Granach, George Grosz, Arthur Hollischer, Fritz Holl, Herbert Ihering, Georg Kaiser, Erwin Kaiser, Rudolf Kayser, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Adam Ludloff, Rudolf Leonhard, Theodor Lessing, Erich Mühsam, Heinrich Mann, Gerda Müller, Erwin Piscator, Alfons Paquet, Hans J. Rehfisch, Bruno Schönlan, Anna Siemsen, Agnes Straub, Bruno Taut, Ernst Toller, Armin T. Wegener, Alfred Wolfenstein, Paul Zech, Heinrich Zille.

Internationaler Schauspielerkongress.

Zum ersten Male, seitdem überhaupt die Theatergeschichte vor sich geht, kommen die Schauspieler aus der ganzen Welt zu einem Kongresse zusammen. Es sind wirklich nur die Schauspieler, d. h. die Künstler, die durch ihr Schicksal und ihr Talent, aber auch durch ihre wirtschaftliche Stellung abgerückt sind von den eigentlichen Geschäftsmännern der Theaterunternehmer, und die nur daran denken wollen, in Gemeininteresse und Freundschaft ihren Kameraden auf der ganzen Erde ein anständiges Leben zu gestalten. Bevor also dieser internationale Schauspielerkongress in Berlin überhaupt zusammenkam, meldeten sich einige Unglückspropheten und meinten, daß gerade unsere schwere Zeit jeden einzelnen Künstler in seine Nation zurückdrängt. Man müsse zunächst dafür sorgen, daß der Schauspieler in Lande das große Brot habe. Solange dieses schwierige Problem nicht gelöst sei, habe man kein Recht, internationale Verbindungsstelle abzuhalten.

Rum, der erste Tag der Verhandlungen hat sogleich gezeigt, daß es sich wirklich nicht nur um eine inhaltlose Festerie handelt. Die Schauspieler Frankreichs, die Bühnenkünstler Skandinaviens, die

Holländer, die tschechoslowakischen, jugoslawischen und ungarischen Bühnengedanklichen und schließlich auch die Amerikaner und die Angehörigen, sie alle haben mehr als den platonischen Wunsch ausgedrückt, die Arbeitsbedingungen ihrer Kollegen kennen zu lernen und aus dieser über die nationalen Grenzen hinausgehenden Kenntnis neue Grundzüge zu finden und zu entwickeln, nach denen künftig die gesamte Tätigkeit der Schauspieler auf wirtschaftlichem, sozialem und ästhetischem Gebiet geregelt werden soll.

Es war selbstverständlich, daß der erste Tag des Kongresses mit feierlichen Ansprachen begann. Der deutsche Innenminister Kühl nahm die erste internationale Schauspielerkonferenz unter das Patronat der Reichsregierung. Und nach dem Präsidenten der Deutschen Bühnengewerkschaft, Gustav Kiehl, dankten In- und Ausländer dafür, daß sie Gelegenheit hatten, an der Entwicklung jener Arbeit teilzunehmen, die der Theaterkunst eine moralische, wirtschaftliche und ästhetische Zukunft zu weiteren Perspektiven vorbereiten möchte.

Die Männer der Regierung und der Berliner Stadtbehörde, Kultusminister Becker und Oberbürgermeister Böß waren sichtlich froh, sich in ästhetischen und kulturpolitischen Betrachtungen bei den an die ausländischen Gäste gerichteten Begrüßungsworten gefallen zu dürfen. Sie ahnten bei der feierlichen Begrüßung der Konferenz das Beispiel des Außenministers Dr. Stresemann nach, der bei einem freundschaftlichen Zusammentreffen mit den fremden Schauspielern im Deutschen Bühnenklub eine Rede über das Thema „Der moderne Mensch, das moderne Theater“ hielt. In diesem verschwenderisch mit Dichtergitaten ausgestatteten Vortrag bekannte sich der Außenminister als einen großen Freund der seelischen Bemüherung. Er meinte, daß wir moderne Menschen als Anbeter von allerhand gewaltig gesteigerten Anforderungen im Gebiete des Technischen und des Sportlichen den Gang zur Seele verloren hätten und wieder beginnen müßten, unser Empfindungsleben an die schöneren und stilleren Genüsse zu gewöhnen, die Kunst und Wissenschaft verschaffen.

Auf diesem internationalen Kongress spielen der Amerikaner Emerson, der die größte Schauspielervereinigung seines Landes leitet, der französische Schauspieler Harry Baur und der Russe Slowinski, der Führer der russischen Bühnengewerkschaften, eine wichtige Rolle. Und es zeigte sich gleich am Anfang der Verhandlungen der große Gegensatz zwischen Europa und Rußland. Die russischen Schauspieler betonten ihre Zusammengehörigkeit mit der großen proletarischen Idee, während sich bisher Amerikaner und Engländer als sehr zahme Soldaten im Kampfe um das Schauspielbrot offenbarten. Im Laufe der Konferenz sollen diese Gegensätze diskutiert und durch das gemeinsame Statut einer allgemeinen Schauspielervereinigung internationale überbrückt werden. Doch wie das geschehen kann, ist noch keineswegs zu übersehen.

Ein Film vom Internationalen Jugendfest ist auf Veranlassung der Amsterdamer Arbeiterjugendzentrale zusammengestellt worden, der im Amsterdamer Realtheater am 20. Juni zum ersten Male aufgeführt wurde. Dieser Film ist ein sprechendes Zeugnis für die Kraft und die Frische der Jugendbewegung, wenn es auch zu bedauern ist, daß gerade die eigentlichen Höhepunkte des Festes, die

Feier in der Riesenhalle des Reichs-Automobilindustrie-Gebäudes und der Fackelzug, nicht aufgenommen werden konnten. Dagegen sind die Aufnahmen des fröhlichen Lebens und Treibens im Zeltlager und des Auftretens des Hamburger Sprechchors im Stadion sehr wirkungsvoll.

Die Einstellung der Verfahren gegen Brecht und Klabund. Auf eine kleine Anfrage deutschvölkischer Landtagsabgeordneter, ob das Staatsministerium die Auffassung des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht teile, nach welcher der Inhalt der Gedichte „Maria“ von Berthold Brecht und „Die heiligen drei Könige“ von Klabund keine Gotteslästerung enthalten, erteilt der Justizminister, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, die nachstehende Antwort: „Die Staatsanwaltschaft hat die Verfahren eingestellt, weil sie der Auffassung war, daß das Gedicht „Maria“ von Berthold Brecht weder nach Form noch nach Inhalt die Stimmung der Verachtung gegen Gott oder eine Einrichtung der christlichen Kirche erkennen lasse, und daß das Gedicht „Die heiligen drei Könige“ von Klabund nicht auf Einrichtungen oder Gebräuche einer Kirche, sondern auf den mancherorts am Dreikönigstage im Volke üblichen Brauch des Bettelns abziele. Gegen diese Auffassung haben sich Bedenken nicht ergeben. Runmehr ist die Strafverfolgung auch verjährt.“

Gorkis Rückkehr nach Rußland. Maxim Gorki hat, wie aus Neapel gemeldet wird, der Sowjetregierung mitgeteilt, daß er die Absicht habe, nach Rußland zurückzukehren. Bekanntlich reiste Gorki im Jahre 1924 nach Deutschland, Frankreich und Italien, wo er seine Gesundheit wieder herzustellen hoffte. Sein Zustand hat sich inzwischen so gebessert, daß er sich entschlossen hat, die Rückreise nach Rußland anzutreten.

Volksbühnen. Am Freitag, den 25., abends 8 Uhr, findet im Theater am Schiffbauerdamm die 50. Aufführung von Eichenendorffs „Kretlern“ statt. Gegenüber der Originalfassung sind inzwischen folgende Rollen umbelegt: Hofrat: Georg Sannell, Leonhard: Ernst Rade, Anoll: Artur Wainzer, Friedmann: Heinrich Kömer, Marie: Elisabeth Reumann.

Eine Ausstellung für deutsche Buchkunst findet vom 31. Juli bis 15. August in Salzburg statt. Die herausragendsten Kunstbuchbinder Deutschlands und Österreichs werden künstlerische Einbände zeigen, und auch die deutschen und österreichischen Buchbindereinnungen, der Werkbund und die Wiener Werkstätten werden sich beteiligen.

Der Internationale Wohnungs- und Städtebaukongress findet vom 14. bis 19. September in Wien statt, veranstaltet vom Internationalen Verband für Städtebau, Landesplanung und Gartenstädte.

Im Russischen Museum in Leningrad findet zum erstenmal in Sowjetrußland eine Ausstellung des Lebens der Arbeiterklasse statt. In der Hausrat, Kleidung usw. aus dem 18. und 19. Jahrhundert zu sehen sein werden.

Albanien erhält die erste Eisenbahn. In den europäischen Ländern, in denen es bisher noch keine Eisenbahn gab, gehörte die Republik Albanien. Die albanische Regierung hat nun ein englisches Kapital gefunden, das die erste Eisenbahn im Bau befindliche Eisenbahnstrecke finanzieren soll. Die neue Linie soll den Hafen von Durazzo mit Tirana verbinden und 45 Kilometer lang sein.

Der Volksentscheid in Groß-Berlin.

Verwaltungsbezirk	Zahl der Stimmberechtigten ¹⁾	Zahl der abgegebenen Stimmen		Gültige Stimmen für gegen den Gegenwurf		Zahl der Eintragungen zum Volksbegehren 4.-17. 3. 26	Die gültigen Ja-Stimmen in v. H.		
		ungültig	gültig				der Stimmberechtigten	der abgegebenen gültigen Stimmen	der Eintragungen zum Volksbegehren
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Kreuzberg	297 677	9 420	185 859	179 742	6 117	165 665	60.4	96.7	108.5
Wedding	258 532	6 968	196 627	191 579	5 048	178 520	74.1	97.4	107.3
Friedrichshain	251 973	9 126	181 865	175 984	5 881	164 230	69.8	96.8	107.2
Prenzlauer Berg	235 958	8 011	164 226	159 162	5 064	149 230	67.5	96.9	106.7
Mitte	225 136	6 003	132 312	127 561	4 751	109 330	56.7	96.4	116.7
Tiergarten	224 754	5 765	115 502	111 215	4 287	99 841	49.5	96.3	111.4
Charlottenburg	263 965	4 214	124 362	120 177	4 185	101 771	45.5	96.6	118.0
Neukölln	213 645	6 870	159 148	153 905	5 243	142 600	72.0	96.7	107.9
Schöneberg	184 900	3 660	79 315	76 260	3 055	69 089	41.2	96.1	110.4
Lichtenberg	145 162	4 677	99 470	96 067	3 403	87 707	66.2	96.6	109.5
Wilmersdorf	136 619	1 597	48 448	46 767	1 681	38 689	34.2	96.5	120.9
Steglitz	120 222	1 738	43 920	42 106	1 814	36 198	35.0	95.9	116.3
Spandau	82 706	2 584	50 531	48 633	1 898	42 147	58.8	96.2	115.4
Pankow	74 417	1 971	42 186	40 809	1 377	34 961	54.8	96.7	116.7
Reinickendorf	79 955	2 136	49 274	47 756	1 518	42 331	59.7	96.9	112.8
Treptow	71 873	2 657	50 030	48 112	1 918	44 171	66.9	96.2	108.9
Lempelhof	49 807	1 475	27 933	26 969	964	23 823	54.1	96.5	113.2
Cöpenick	51 489	1 593	33 619	32 156	1 463	25 238	62.5	95.6	127.4
Weißensee	41 294	1 296	26 552	25 683	869	23 059	62.2	96.7	111.4
Zehlendorf	33 423	255	9 060	8 733	327	6 092	26.1	96.4	143.3
Zusammen	3 043 507	82 016	1 820 239	1 759 376	60 683	1 584 692	57.8	96.7	111.0

1) einschl. der Inhaber von Stimmzetteln.

Es sind also nicht Zollfragen, sondern Kredit- und Produktionsfragen, um die es sich handelt, die wir z. B. im Enqueteauschuß zu prüfen haben werden. Aber mitten in dieser Prüfung jetzt plötzlich aus dem Bedürfnis des ostelbischen Großgrundbesitzes grundlegend unsere gesamte Handelspolitik zu ändern, ist volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. (Zustimmung b. d. Soz.) Nun wird behauptet, der Zoll habe sich nicht ausgewirkt, und das wird mit statistischen Kunststücken belegt, die sich auf zwei Dinge zurückführen lassen. Entweder es wird ungleiches miteinander verglichen, oder es ist eine andere Fehlerquelle da. Sicher ist, daß das Einfuhrsteuersystem, das jedem Exporteur für die Tonne Roggen 30 Mark auszahlt, dafür sorgt, daß der gesamte Betrag des Zolles im Preise zum Ausdruck kommen muß. Wenn es wirklich richtig wäre, daß durch irgend ein Wunder die deutsche Zollpolitik gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft so ganz andere Wirkungen hätte als sonst überall, wozu dann diese ganze Zollpolitik, wozu die Erhöhung gerade in dem jetzigen Augenblick unserer schweren Wirtschaftskrise? (Sehr wahr! links.)

Als Vertreter der größten Masse der Produzenten in der Stadt wie auch in immer steigendem Maße im Lande erklären wir: Diese Politik, die Sie treiben wollen, ist falsch. Wir wollen keine Politik, die die Einkommensverteilung ungunstigen der breiten Massen ändert, sondern eine Politik der allgemeinen Einkommenssteigerung. Und diese ist nur möglich durch eine Politik der allgemeinen Produktionssteigerung. Wir sind bereit, mitzuwirken an einer Handelspolitik, die die Produktion fördert, wir lehnen aber eine Handelspolitik ab, die nur im Interesse der Kartell- und der Großgrundbesitzer liegt. Wenn irgend etwas zusammengehört, so ist es der Arbeiter und der selbstarbeitende Bauer. Durch Ihre Handelspolitik verhehen Sie diese arbeitenden Stände immer wieder untereinander. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Wir haben Ihnen den Ausweg gezeigt. Es sind nicht nur unsere Gewerkschaften gewesen, es waren auch die christlichen Organisationen und ein Teil der Beamtenverbände, die die Eingabe an die Regierung unterzeichnet haben, in der sie die Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes zu mindestens auf 4 Monate verlangen, damit Zeit gewonnen wird, die Grundlage für eine vernünftige Handelspolitik zu schaffen. Diese Gewerkschaften vertreten den allergrößten Teil des arbeitenden Volkes. Ich glaube, es ist Zeit, daß der Reichstag sich darauf besinnt, daß er nicht im dauernden Widerspruch bleiben kann mit den großen Massen des Volkes. (Sehr richtig b. d. Soz.) In den letzten Tagen haben Sie doch ein genügendes Beispiel bekommen. Es hat uns selbst überrocht, daß es uns gelungen war, beim Volksentscheid 2 Millionen Mehrstimmen zu erhalten als beim Volksbegehren. Es ist doch gar kein Zweifel, daß diese letzte Zustimmung gezeigt hat, daß dieser Reichstag nicht mehr die Gesinnung der Wähler repräsentiert. Und in diesem Reichstag wollen Sie eine so wichtige, grundsätzliche Frage in bezug auf die Handelspolitik vornehmen! So oft in England politische Fragen zur Entscheidung stehen, ist dort neugewählt worden. Dort sagt man sich, man kann über eine solche grundsätzliche Entscheidung nicht urteilen, ohne die Meinung der Wähler gehört zu haben.

Wenn Sie die Handelspolitik ändern wollen, dann, meine Herren, fragen Sie doch die Wähler. Dann wollen wir über die Frage sprechen in einem Reichstag, der von denen gewählt ist, deren Interessen getroffen werden und nicht in einem Reichstag, der heute bereits veraltet ist. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftsbesprechung beim Reichswirtschaftsminister.

Der Reichswirtschaftsminister hatte am Mittwoch die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen zu sich gebeten, um ihnen über die Schwierigkeiten bei den Kauskreditverhandlungen zu berichten. Er legte gegenüber verschiedenen Presse-meldungen Gewicht auf die Feststellung, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen sind.

Anschließend hat der Minister die Gewerkschaftsvertreter um ihre Ansicht über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Vertreter des ADGB. erwarteten sich in erster Linie gegen jede Senkung der Unterstützungssätze, die ja an sich schon für eine kurze Arbeitslosigkeit berechnet seien, nicht aber als Lebensunterhalt für längere Zeit in Betracht kommen. Sie forderten beschleunigte Behandlung der Kauskredite, größere Arbeitsvergebung von Reichsbahn und Reichspost für Siedlungen, für Kanal- und Straßenbau sowie Maßnahmen zur Ausnutzung der Wasserkräfte. Alle diese Aufgaben, so betonten sie, müßten doch einmal durchgeführt werden. Warum also warten, bis sich die übrige Wirtschaftslage gebessert habe? In diesem Zusammenhang schlugen sie vor, Kredite aufzunehmen, um das zu tun, was später doch nachgeholt werden muß. Im besonderen verwiesen sie auf die Steuerreserven, die noch ausgeschöpft werden könnten.

Der Vertreter des AFV-Bundes berührte die Nationalisierung- und Kartellfrage, der Vertreter der Christlichen Gewerkschaften tadelte das Kartellartikel-Umwesen und der Vertreter des Gewerkschaftsrings erinnerte an die Beziehungen zwischen Automobilsteuer und Straßenbau. Der Minister dankte für die Ausführungen, ohne sich weiter dazu zu äußern. Er schloß die Besprechung mit dem Bemerkten, auch sein Ministerium beschäftige sich eingehend mit diesen Fragen und er werde zu gegebener Zeit die Gewerkschaftsvertreter wieder zu sich bitten.

Unzureichende Zivilversorgung. Forderungen zu ihrem Ausbau.

Der Reichsbund der Zivildienstberechtigten beschäftigte sich auf seiner vor kurzem in Königsberg stattgefundenen Bundesversammlung eingehend mit der Zivilversorgung. Nach gründlicher Beratung wurden folgende Forderungen aufgestellt: Der aus der Wehrmacht ausschließende Versorgungsanwärter erhält einen Anspruch auf Anstellung im Beamtendienst. Bis dahin sind 80 Proz. des zuletzt bezogenen Dienstverdienstes als Wartegeld zu zahlen. Das Wehrmacht-Versorgungsgesetz muß den Versorgungsanwärtern mindestens das letzte militärische Dienst-einkommen sichern. Nach zehnjähriger Dienstzeit besteht Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Es wird ferner Gleichstellung mit den Beamten und Anrechnung der Dienstzeit verlangt. Damit die vorgemerkten Versorgungsanwärter bald untergebracht werden, sind alle freien Beamtenstellen mit diesen Kräften zu besetzen.

Ministerialdirektor Hoffmann Nachfolger Hagedorn. Wie die Telegraphen-Union aus gut unterrichteter Quelle erfährt, wird an Stelle des verabschiedeten Staatssekretärs Dr. Hagedorn Ministerialdirektor Dr. Hoffmann im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zum Staatssekretär ernannt werden. An seine Stelle wird der Ministerialdirektor a. D. Dr. Heilmann treten, der bereits früher mehrere Jahre in dieser Stellung im Reichsernährungsministerium tätig war.

Rathenau!

Zum vierten Jahrestage seiner Ermordung.

Heute vor vier Jahren fiel der Außenminister der Deutschen Republik, Dr. Walter Rathenau, als Opfer eines organisierten politischen Mordes. Er hatte entscheidende Schritte für den außenpolitischen Wiederaufstieg Deutschlands getan — die „Patrioten“ dankten ihm dafür mit Kugeln in den Rücken. Seitdem haben alle deutschen Regierungen Rathenaus Politik fortgesetzt — auch in der Zeit, in der die Deutschenationalen mit im Reichskabinett saßen, erfuhr sie keine Unterbrechung. Was Rathenau in Genua begonnen hatte, wurde in London fortgesetzt, in Locarno zu einem gewissen Abschluß gebracht.

Sachlich ist also der Sieg, den Rathenau nach seinem Tode erfocht, vollständig. Aber hat die fürchtbare Lehre des 24. Juni 1922 auf das ganze Volk so gewirkt, wie sie sollte und mußte? Diese Frage muß leider verneint werden.

Vier Jahre nach Rathenaus Tod war es noch möglich, daß diejenigen, die zu seiner Ermordung geholfen hatten, 14½ Millionen aufrechter Republikaner als „Räuber und Diebe“ beschimpften.

Und am Vorabend von Rathenaus Todestag nimmt eines der schlimmsten dieser Hehlblätter, die „Deutsche Zeitung“, Clemenceaus angebliche Parole wieder auf und schreibt: „15 Millionen Deutsche zu viel!“

Der Kampf gegen jenes Verbrechertum, das Rathenau und ungezählte andere auf dem Gewissen hat, ist noch nicht zu Ende. Daran wollen wir heute denken und uns das Ziel setzen: die Macht der Republik so stark aufzurichten, daß keine Mörderhand es wagt, sich an ihr zu vergreifen!

Biersteuer und Reparationen.

Neutrales Schiedsgericht gegen deutsche Regierung.

Der Kommissar für die verpfändeten Einnahmen hatte gegen die in der Reinholdischen Steuerreform verfügte Hinausschiebung der Biersteuererhöhung auf den 1. Januar 1927 Einspruch erhoben. Daraus entstand ein Rechtsstreit zwischen der Reichsregierung und dem Kommissar, in dem man sich dahin einigte, einen holländischen Schiedsrichter anzurufen. Als Schiedsrichter wurde der Graf v. Linden-Sandenburg bestellt, der sich nun, gemäß der Bestimmung des Londoner Protokolls, wonach die Sätze der verpfändeten Abgaben ohne Einwilligung des Kommissars nicht herabgesetzt werden dürfen, gegen die Auffassung der deutschen Regierung ausgesprochen hat.

Löbe erregt Anstoß.

Bei der Rechten.

Die deutschnationale Pressestelle erläßt eine feierliche Erklärung gegen den Gen. Löbe wegen seine bekannten Interdiums zum Volksentscheid. Besonders fühlte sie sich durch folgende Stelle gekränkt:

1. Frage: Betrachten Sie den Brief Hindenburgs als innerhalb der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten stehend? Antwort: Nein.

Dadurch soll Löbe an Hindenburg „Kritik geübt“ haben. Wäre das wahr, dann müßte er natürlich an den Galgen. Zu seinem Glück kann er sich aber darauf berufen, daß Hindenburg selbst in jenem Brief erklärt hat:

Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstentümern in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen.

Löbe befindet sich also in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten.

Im übrigen ist die komische Erklärung der deutschnationalen Pressestelle nur ein dürftiger Ersatz für eine Reichstagsaktion, auf die man wohlweislich verzichtet hat, weil man sich durch sie noch lächerlicher gemacht hätte.

Volksentscheidsterror in Schlesien.

Gutsbezirke, die keine Stimme abgeben durften.

Die Breslauer „Wolfsbach“ berichtet über den Terror der schlesischen Großgrundbesitzer bei dem Volksentscheid. In den meisten Kreisen waren einzelne Gutsbezirke nicht gleichzeitig Stimmberechtigter, so daß hier und da ein paar Stimmen aus einem nahegelegenen Dorfe vorhanden waren, während vom Gut

sich nicht ein einziger Landarbeiter oder Hausangestellter zur Abstimmung wagte. Die deutschnationale „Schlesische Zeitung“ besingt den angeblichen Mitterwirth der Wähler des Ortes Schlang im Landkreise Breslau, wo die Grafen Eulenburg regieren und keine einzige von 461 wahlberechtigten Stimmen abgegeben wurde. Der blutige Hohn eines solchen Lobes für angeblichen Mitterwirth wird erst deutlich, wenn auf unserer Redaktion, während wir gerade diese Berge genossen, ein Landarbeiter aus Klein-Sönnitz bei Schlang erscheint, der als einziger von diesem Eulenburgischen Gut mit seiner Frau zur Abstimmung zu gehen wagte und daraufhin von dem Verwalter, „Obersteuermann“ Schäfer, prompt mit den Worten entlassen wurde, das sei eine Unverschämtheit, man habe ihn immer für einen gut deutschnationalen „Anoden“ gehalten, jetzt sei er striflos entlassen. Der Mann erhält selbstverständlich Rechtschutz von uns zur Erlangung von Jahreslohn und Deputat, und gegen den „Obersteuermann“ Schäfer wird Strafanzeige erstattet. Aber Schlang ist ja nicht der einzige derartige Wahlbezirk. Auch in Wasserjentsch, wo der Führer des Breslauer Kreislandbundes sitzt, und in Lorantwiz im Kreise Breslau ist keine einzige Stimme abgegeben worden, während bei Reichstagswahlen, deren Geheimhaltung gewährleistet war, die Gesinnung der ausgebeuteten Landarbeiter sich ganz anders zeigte.

Ähnlich steht es in anderen Landkreisen, z. B. im Kreise Strehlen, wo zwei ländliche Wahlbezirke gleichfalls ganz ohne Abstimmung geblieben sind, im Kreise Trebnitz, wo das von vier Stimmberechtigten gilt, in Rimpisch, wo drei Wahlbezirke, in denen fünf Gutsbezirke liegen, infolge öffentlicher Drohungen des Landbundes keine Stimme abgaben. Im Kreise Dels, wo die fürstlichen Familien so glorreich vertreten sind, waren es sogar acht Stimmberechtigter mit zehn Gutsbezirken, in denen keine einzige Ja-Stimme sich zur Urne wagte. Ähnlich dürfte es in anderen Kreisen liegen, aus denen uns noch keine zuverlässigen Auskünfte vorliegen.

Belgischer Besatzungsluxus.

Feststellungen des sozialistischen Zentralorgans.

Dem Brüsseler „Peuple“, Zentralorgan der Arbeiterpartei Belgiens, entnehmen wir folgende Ausführungen Louis Bertrand: Nachdem die Presse ausgebeutet hatte, daß die Unterbringung des Hauptquartiers in Lachen an Miete, Heizung und Unterhalt mehr als eine Million gekostet hatte, wurde es zwar verlegt, ist aber auch weiter viel luxuriöser untergebracht als in Lüttich oder Berviers.

Im besetzten Deutschland gibt es eine belgische Schule, deren Bau über eine Million kostete, die aber nur einige Schüler hat.

Die Unterbringung des Militärauditoreats kostet mehr als 100 000 Franken, der Offiziersklub Hunderttausende im Jahr; daneben gibt es aber im „Kaiserhof“ noch besondere Räume für die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten.

Und erst die Privatwohnungen! Der Korpskommandant, der in Lüttich wohnen sollte, geht mit schlechtem Beispiel voran; seine Wohnung allein kostete beim Kurs von 1 Mark gleich 8 Franken eine halbe Million im Jahr, sein Auto 40 000 Franken. Er bekommt auch große Geldbeträge.

Die belgische Gendarmerie war beim Ruhrabenteurer (Diesen Ausdruck gebraucht unser Brüsseler Bruderblatt) von einer auf drei Divisionen, mit einem Major als Kommandanten, erhöht worden; seitdem ist wieder die Herabsetzung auf eine Division erfolgt. Der Major ist aber immer noch im Rheinland und hat nichts zu tun. Um sich zu zerstreuen, reitet er vormittags aus und fliehet nachmittags ein Auto. Sein Aufenthalt in Deutschland kostet jährlich über 50 000 Franken.

Weiter ist da ein vollkommen überflüssiger Militärarzt im Oberstenrang und einer als Obersteuermann, die gleichmäßig in Lüttich wohnen müßten, wo sie aber nicht solche Ertragsgebühren bezögen; sie betragen für beide Medizinmänner über 150 000 Franken im Jahr.

Der katholische und der protestantische Feld probst haben noch nicht eine halbe Stunde Dienst am Tag — ihr gesellschaftlicher Standort wäre Lüttich, aber — siehe wie bei den Chefärzten.

Außerdem hat die Besatzungsarmee Postfreiheit, was über eine Million Franken im Jahr dem Staat entzieht.

In Boyen sind seit acht Monaten 31 junge Deutsche in Untersuchungshaft. Acht wurden jetzt entlassen, 23 sind angeklagt der Bandenbildung zu dem Zweck, das italienische Reich oder Teile des Reiches der Fremdenherrschaft auszuliefern (Neu: zu entziehen).

Ministerkriege in Luxemburg. Die luxemburgische Regierung Boye ist zurückgetreten.

Gewerkschaftsbewegung

Wie die KPD. Einheitsfront macht. Sabotage der Rathenau-Gedächtnisfeier.

Die „Rote Fahne“ brachte in ihrer Nr. 143 vom 23. Juni unter der Überschrift „Ein Bubensüß des Vormärts“ einen Artikel, der an Gehässigkeit und Unwahrheit nichts zu wünschen übrig läßt. Der richtige Sachverhalt ist folgender:

Der Geschäftsführende Ausschuss des Gesamtbetriebsrats der AEG. beschloß einmütig, des Todestages des durch Goldschmidt ermordeten Walther Rathenau zu gedenken, indem er durch einen Aufruf die Arbeiterchaft der AEG. aufforderte, an der Gedächtnisfeier in Oberschöneweide teilzunehmen. Also auch die Kollegen König und Qualig waren damit einverstanden. Sie übernahmen auch beide die Übermittlung des Manuskriptes an die „Rote Fahne“ und „Welt am Abend“.

In der Redaktion der „Roten Fahne“ sind nun beide Kollegen derartig gerüffelt worden, daß sie eilend zusammentraten. Der Kollege Qualig ersuchte am andern Tage die übrigen Kollegen des Geschäftsführenden Ausschusses, doch eine andere Form der Unterschrift zu wählen, damit die Namen König und Qualig nicht in Erscheinung treten, da sie in ihrer Partei des Aufrufes wegen große Unannehmlichkeiten gehabt hätten. Um den Kollegen Qualig die Karriere als fünftägigen Stadtrat nicht zu verderben, kamen wir dieser Bitte nach. Da jedoch der „Vorwärts“ bereits im Druck war, konnte erst am andern Tage in Form einer Berichtigung der Bitte beider Kollegen Rechnung getragen werden. Wir waren dabei entgegenkommend genug, die beiden Unterschriften als „irrtümlich gegeben“ zu erklären. Aber trotz unseres großen Verständnisses für die Abhängigkeit der Kollegen König und Qualig von ihren Parteigenossen, kam der oben erwähnte Artikel.

Zu dem Aufruf selbst sei gesagt, daß auch die SPD-Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des Gesamtbetriebsrats der AEG. selbstverständlich nicht daran denken, ihre Belegschaften zur Teilnahme an bürgerlichen Gedächtnisfeiern aufzufordern. In Walther Rathenau ehren wir aber das Opfer der Reaktion und den Menschen. Selbst unsere kommunistischen Kollegen, die oft Gelegenheit hatten, mit Dr. Rathenau zu sprechen, als er noch Präsident des Aufsichtsrates der AEG. war, haben stets mit großer Hochachtung von Rathenau gesprochen. Als am 10. Juli 1922, also einige Tage nach der Ermordung Rathenaus von der Arbeiterchaft der AEG. eine große Gedächtnisfeier im Zirkus Busch veranstaltet wurde, war der erste der drei Redner ein Kommunist. Alle Teilnehmer standen damals unter dem Eindruck, daß diese Kundgebung eine durchaus würdige war. Auch der jetzt von der „Roten Fahne“ kritisierte Aufruf verstößt nach unserer Meinung keineswegs gegen die Grundzüge der Arbeiterbewegung.

Zu unserm Bedauern müssen wir die Haltung unserer beiden Kollegen Qualig und König als wenig mütig bezeichnen. Die SPD-Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des AEG.-Gesamtbetriebsrats.

geg. Bomsle, Koch, Wolff.

Anmerkung der Redaktion: Den SPD-Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses des Gesamtbetriebsrats der AEG. ist die Rolle der Helden in dem von der „Roten Fahne“ iningenierten Spektakelstück nicht ganz bekannt. Am Montag abend, bevor wir noch die Aufforderung des Gesamtbetriebsrats zur Beteiligung an der Rathenau-Gedächtnisfeier in Händen hatten, erschienen die beiden Kommunisten im Sekretariat der „Vorwärts-Redaktion“ und hinterließen folgende Erklärung:

„Unterszeichnete Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des Gesamtbetriebsrats der AEG.-Konzerns, erklären hiermit, daß ihre Namen nicht unter dem Aufruf des Geschäftsführenden Ausschusses des Gesamtbetriebsrats, betreffs Teilnahme der Belegschaft an der Rathenau-Gedächtnisfeier stehen soll, da sie demselben weder zugestimmt noch unterschrieben haben.“ Franz Qualig, Wilhelm König.

Der Redakteur, der den Abenddienst hatte, konnte mit dieser Erklärung nichts anfangen, da sie sich auf einen Aufruf bezog, von dem ihm nichts bekannt war, und legte sie beiseite. Sein Kollege vom Vormittagsdienst bekam Dienstag früh den Aufruf, wußte jedoch nichts von der Erklärung, die die beiden Helden unter dem Eindruck der ihnen erteilten Zurechnung wegen Verletzung des kommunistischen „Einheitsfront-Prinzips“ am Abend vorher gebracht hatten. Der Aufruf wurde in Satz gegeben und erst nachdem das Blatt fertig war, kam vom Gesamtbetriebsrat die Weisung, die beiden Namen unter dem Aufruf zu streichen. Dazu war es zu spät, so daß eine Berichtigung erst für das Mittwochmorgenblatt zugelegt werden konnte, die dann auch erschienen ist.

Wenn wir etwas dabei zu bedauern haben, so den Umstand, daß wir nicht mit ansehen und hören konnten, wie nach „reife-rlicher Erwägung“ der beiden Helden ihr „abschließendes Urteil“ in der Redaktion der „Roten Fahne“ zustandekommen ist.

So sehen die Helden aus, die als Vertreter der Berliner Metallarbeiter zum Verbandstag gehen möchten. Die Berliner Metallarbeiter bedanken sich für solche Strohpuppen.

Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie.

Das bisherige Gehaltsabkommen verlängert.

In der gutbesuchten Versammlung der AFA-Funktionäre der Metallindustrie am Mittwoch in Haverlands Festsaal berichtete Genosse Günther vom Autob über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schiedsgericht. Der BMA hatte bekanntlich zum 30. Juni das Gehaltsabkommen für die Angestellten der Berliner Metallindustrie gekündigt und in den direkten Verhandlungen die Durchführung des Leistungsprinzips gefordert. Da die Vertreter der Angestelltenorganisationen diesem Verlangen der Unternehmer nicht entgegen kommen konnten, scheiterten die Verhandlungen. Es wurde das vereinbarte Schiedsgericht angerufen, das am Mittwoch unter Vorsitz des Gewerberats Körner tagte. Die Vertreter der Berliner Metallindustriellen schiederten auch bei den gestrigen Verhandlungen wieder in allen Farben die ungeheure Kollage der Industrie, die sich nach ihrer Ansicht nur durch einen Abbau der Angestelltengehälter (nicht aber der Direktoren und anderen leitenden Angestellten) beheben lasse. Sie verfehlten aber im Widerspruch zu dieser Ansicht nicht, glaubhaft machen zu wollen, daß die von ihnen verlangte Einführung des Leistungsprinzips nur eine andere Verteilung der gesamten Gehaltssumme und keine Gehaltsverminderung bedeute.

Die Angestelltenvertreter wiesen jedoch an statistischen Aufzeichnungen nach, daß schon durch die teilweise Einführung des

Leistungsprinzips vor nicht ganz zwei Jahren eine erhebliche Gehaltsverminderung bei fast allen Angestellten eingetreten sei und auch jetzt wieder eintreten würde. Der immer wiederkehrenden Beteuerung der Kollage der Industrie wurde das sorgfältige Umlageverfahren anlässlich des Volkentscheids entgegengehalten, das neben vielen anderen Dingen die Kollage der Industrie wenig glaubwürdig erscheinen lasse. Nachdem von den Angestelltenvertretern ein völlig undiskutabler Vermittlungsvorschlag des Gewerberats Körner abgelehnt wurde, fällt das Schiedsgericht gegen die Stimmen der Unternehmerbeisitzer einen Schiedsspruch, nach dem das bisherige Gehaltsabkommen bis zum 30. September unver-

Ferien- und Reisezeit

Während der Ferien- und Reisezeit kann der „Vorwärts“ auf jede Dauer allorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhöfenbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit unter 14 Tagen per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 6 Pf., Sonntags 10 Pf. (pro Woche 45 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ durch Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Monat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabebestelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist jedoch erforderlich.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

ändert bestehen bleiben soll. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 3. Juli.

Genosse Günther sprach unumwunden aus, daß mit der Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Unternehmer gerechnet werden und die Verbindlichkeitsklärung beantragt werden muß. Die Funktionäre, die dem Schiedsspruch zustimmten, beauftragten die Organisationsleitungen, bei Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Unternehmer, eine Versammlung aller AFA-Mitglieder einzuberufen, die die dann notwendigen Beschlüsse fassen soll.

Verbandstag der Buchdrucker.

3. Verhandlungstag. Vormittagsitzung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstützungen. Der Referent Krauz erörterte den Hamburger Faktorenbekämpfung, der es unseren Verbandsmitgliedern verbot, der Faktorenbekämpfung beizutreten, da diese in einer Umabstimmung den An-schluss an eine freie Gewerkschaftsorganisation abgelehnt hatte. Dieser Beschluß sei ein Mittelglied zwischen Konsequenz und Inkonsequenz gewesen. War ein anderer Beschluß in Hamburg auch nicht möglich, so empfehle es sich heute, diesen Beschluß aufzuheben, zumal es ja seit Hamburg sogar den Prinzipalen gestattet sei, Mitglieder unserer Organisation zu bleiben, wenn sie keiner gegnerischen Organisation angehören. Der jetzige Beschluß betreffend die Mitgliedschaft im Stahlhelm und ähnlichen Organisationen genüge zurzeit und bedürfe keiner Änderung. Krauz empfiehlt weiterhin

eine Verringerung der Delegiertenzahl

und Abhaltung der Verbandstage in größeren Zeitabständen, vielleicht alle drei Jahre, um diese Tagungen arbeitsfähig zu erhalten. Die beantragte Verhältniswahl empfehle er abzulehnen, da sie für die Gewerkschaften nicht tragbar sei, weil sie Richtungs-wahlen zur Voraussetzung habe. Für eine Erweiterung der Einberufungsbezugnis eines Verbandstages liege keine Notwendigkeit vor. Dagegen stelle der Verbandsvorstand den Antrag, dem leitenden Redakteur des „Korrespondent“ Sitz und Stimme im Verbandsvorstand einzuräumen.

Zu den Anträgen der Industrieverbande betreffend müsse gesagt werden, daß wir endlich einmal diese Debatte auf unseren Verbandstagen beenden müßten. Der Verbandsvorstand habe sich mit dem vom Verbandstag in Hamburg erteilten Auftrag beschäftigt. Die Schaffung des Industrieverbandes sei im Graphischen Bund nicht möglich gewesen, demzufolge habe der Verbandsvorstand dem Bundesvorstand des ADB. seine ablehnende Haltung mitgeteilt. Sollte der diesmalige Verbandstag dem Verbandsvorstand wieder einen dahingehenden Auftrag erteilen, dann sehe er auch für die Zeit bis zum nächsten Verbandstag keine Möglichkeit zur Ausführung eines solchen Beschlusses. Es gibt in unseren Reihen

keine Gegner des Industrieverbandes.

Der Streit drehe sich immer wieder nur um den Zeitpunkt der Bewirklichung. Vermeiden wir also den theoretischen Streit und prüfen wir das praktisch Mögliche.

In der recht lebhaften Debatte wird für Aufhebung des Faktorenbekämpfunges plädiert, ebenso erhebt sich kein Einspruch gegen Sitz und Stimme des leitenden „Korrespondent“-Redakteurs. Gegenüber den Mitgliedern des Stahlhelms und ähnlicher Organisationen wird zwar auf die Gefährlichkeit ihrer Drahtzieher hingewiesen, ihren Mitgliedern gegenüber aber als mehr oder weniger irregulierten und mißbrauchten jungen Leuten auf dem Weg der Aufklärung verwiesen. Zu einer Verringerung der Delegiertenzahl kommt keine Reizung zum Ausdruck. Die Anregung,

den Verbandstag alle drei Jahre abzuhalten,

findet dagegen so ziemlich allgemeines Verständnis. Die Verhältniswahl wird von allen Rednern im Sinne des Referenten behandelt, um den Industrieverband entwickelt sich eine lebhafteste Debatte. Rapp-Berlin, Martens-Hamburg, Stürz-Weipzig, Sporn-Breslau, Oberüber-Berlin erklären sich für den Industrieverband und treten den Ausführungen des Referenten entgegen unter Betonung der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die der des Industrieverbandes zugrunde liegt. Er sichere sowohl eine Stärkung der Kraft gegen das Unternehmertum als auch eine Stärkung der inneren Organisation. Es wird auch auf die Haltung der Verbandsvorstände hingewiesen. Schließlich werden Ausführungen des Genossen Graßmann auf der Generalver-

sammlung des Glasarbeiterverbandes zitiert, wo er sich für die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband einsetzte mit der Begründung, daß dadurch die Schlagkraft der Gesamtbewegung erhöht wird. Darauf trat die Mittagspause ein.

Berichtigung. In dem Schlusswort des Kollegen Seitz in der gestrigen Abendausgabe soll es nicht heißen „Der Tarif enthalte nicht mehr als wir zu verlangen haben“, sondern „der Tarif enthalte nicht das, was wir zu verlangen haben“.

Löhne und Preise im Einzelhandel.

Lohnaufbau oder Verschärfung der Krise.

Der Lohnarif der Handelshilfsarbeiter hatte bis zum 2. Juli Gültigkeit. Trotzdem aus einzelnen Betrieben Anträge auf Erhöhung der Löhne vorlagen, haben die Funktionäre im Einzelhandel mit der Branchenleitung von einer Tarifkündigung Abstand genommen. Da auch die Unternehmer den Tarif für den Monat Juni nicht gekündigt hatten, läuft er bis zum 30. Juli unverändert weiter.

Es bleibt abzuwarten, welche Stellung die Unternehmer für den Monat Juli einnehmen werden. Denn ihr Verhalten den kaufmännischen Angestellten gegenüber, denen sie die Gehalts-tarife zum 30. Juni gekündigt haben, läßt den Schluss zu, daß sie die gleiche Absicht bei den Handelshilfsarbeitern haben.

Daß die Tarifkündigung bei den Angestellten nur auf einen geplanten Gehaltsabbau abzielt, ist jedem Kenner der Verhältnisse klar. Die Handelshilfsarbeiter haben alle Ursache, trotz der jetzt einsetzenden Urlaubsperiode die Bewegung der kaufmännischen Angestellten zu verfolgen, um aus dem Ausgang dieser Bewegung die notwendigen Folgerungen für sich zu ziehen.

Die Schlichtungsinstanz, die sich mit der Gehaltsstariftkündigung der Einzelhandelsangestellten zu befassen haben wird, wird an der jetzt in der Arbeitgeberzeitschrift „Der Konfektionär“ begonnenen Aussprache über „Tarifpolitik und Einzelhandel“ nicht achtlos vorbeigehen können. In den darin bisher erschienenen Artikeln wird auch von maßgebenden Unternehmern die Ansicht der Gewerkschaften vertreten, daß der Abbau der Löhne und Gehälter keine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern eine weitere Verminderung der Kaufkraft und somit auch eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise nach sich ziehen würde. Der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt schon ohnehin durch die ständige Verteuerung aller Bedarfsartikel, Lebensmittel und neuerdings der Mieten unter das erträgliche Maß. Hoffentlich gelingt es den Unternehmern, die in vernünftiger Würdigung der augenblicklichen Verhältnisse einen Lohn- und Gehaltsabbau als völlig widerförmig ablehnen, die Unternehmer, die im Lohnabbau das Alibi für diese Krise sehen, von ihrem falschen Wege abzubringen. Andernfalls müßten die Unternehmer zur Ein-sicht gezwungen werden.

Tagung der Bergarbeiter-Internationale.

Hufemann sollte ferngehalten werden.

London, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 23. Juni trat in London die Exekutive der Bergarbeiterinternationale zusammen. Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Hufemann, konnte an der Mittwochssitzung nicht teilnehmen, weil ihm von den Polizeibehörden in Harwich die Einreise nach England verweigert worden war. Er konnte erst am Nachmittag seine Reise fortsetzen, nachdem der internationale Sekretär der Bergarbeiter, Hodges, bei dem Innenminister vorstellig geworden war. Herbert Smith, der Vorsitzende des britischen Bergarbeiterverbandes, stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, daß dieser Vorgang das gesamte englische Regierungssystem aufs schwerste distreditiere.

Aus dem Bericht, den der Hauptkassierer des Britischen Bergarbeiterverbandes, Richardson, vorlegte, geht hervor, daß der Bergarbeiterverband an Unterstützungen

bisher 549 000 Pfund Sterling an die Ausgesperrten

und ihre Familien ausgezahlt habe. Hiervon stammen 381 000 Pfund Sterling aus Rußland, 70 000 Pfund Sterling aus den Sammlungen des Frauenhilfskomitees und 17 400 Pfund Sterling aus den Sammlungen der Bergarbeiter-Internationale. Weitere Geldbeiträge aus Belgien, Holland, Frankreich, der Tschechoslowakei, Amerika und Deutschland sind bereits eingetroffen oder angedeutet. Die Exekutive beschloß, den Internationalen Kongress, der im August in Krakau stattfinden sollte, ausfallen zu lassen. Er wird im nächsten Jahre zu einem noch festzusetzenden Datum stattfinden. Aus den Länderberichten, die erstattet wurden — der deutsche und der englische Bericht wurden noch zurückgestellt — geht hervor, daß infolge der britischen Aussperrung überall eine gewisse Besserung des Beschäftigungsgrades eingetreten ist. Es haben sich jedoch nirgends Lohnerhöhungen ausgewirkt.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, den 24. Juni, abends 7½ Uhr, feiern die Gruppen: Rastatt Gruppenheim 5188, Jugendheim Bremer, Ade Bielefeld, Vortrag: „Entwicklung und Entwicklung der Religion“; Jülichberg: Jugendheim Dörfel, 2, Liebes- und Reigenabend; Rastatt: Jugendheim Grünauer, Str. 8, „Blauerlicher Abend“; Hermann Wans, Tempelhof: Jugendheim Wans, Germaniastr. 1-2, Vortrag: „Die englische Gewerkschaftsbewegung“; Söbbeck (Reuzberg 1): Jugendheim Reuzberg, Str. 6 (Feuerwehrhaus), Vortrag: „Aberkühler“; Witten: Jugendheim Reuzberg, Str. 2, Vortrag: „Die Bedeutung der Sonnenwende“; Göttingen: Jugendheim (Wobbing 2): Gruppenheim Jugendheim Wobbing 1, Vortrag: „Sozial- und Lebensreform“; Jülichberg: Jugendheim Wobbing 1, Vortrag: „Sozialer Fortschritt und Lebensreform“; Spiele im Freien veranstalten die Gruppen Oberkühnstraße auf dem Spielplatz der Metallarbeiter; Reuzberg im Volkspark Söbbeck; Reuzberg spielt auf dem Platz der einkamen Voppel; Reuzberg spielt Reuzberg, Post, Wiese 4.

Jugendgruppe des AFB. 24. Juni, Sonntag: Jugendheim Wobbing 1, 24 (Reuzberg), Vortrag: „Stellung der Frau im Wandel der Zeiten“; — Hbf, Hermannplatz: Jugendheim Jülichberg, 34 (Ede Sonnenstraße), Vortrag: „Nordland“.

Sonnenwende-Jugendfeier beteiligt auch an der Sonnenwendefeier des Arbeiter-Kulturvereins. Karten werden im Bureau des Arbeitervereins, Hufemannstr. 30, ausgereicht. Alle Verhältnisse und Arbeitsstelle festhalten.

Kaffee-, Kapuziner- und Vortrefflichkeitsabend. Kaffeeabend, Jugendheim Wobbing 1, Sonntag, den 26. Juni, Sonnenwendefeier am Reuzberg in Söbbeck bei Reuzberg. Treffpunkt Sonntag abends 6½ Uhr am Potsdamer Bahnhof, Reuzberg. Vertrauensmänner und Betriebsbeiräte machen die jugendlichen Kollegen darauf aufmerksam. Die Jugendbeiräte.

Veranstaltung für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft; Ernst Gatermann; Gewerkschaftsbewegung; 3. Steiner; Kruller; R. A. Böhler; Lohaus und Gontioles; Fritz Rastatt; Anselm; Ed. Gled; Lantich in Berlin.

Berlin: Vorwärts-Berlin G. u. B. Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag; Reuzberg und Reuzberg; Bau Sinner u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Stern 2 Verlagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Tausendfüßler“.

ZAHNE ohne Gaumen von 3 Mark an, mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Zerstörung gratis.

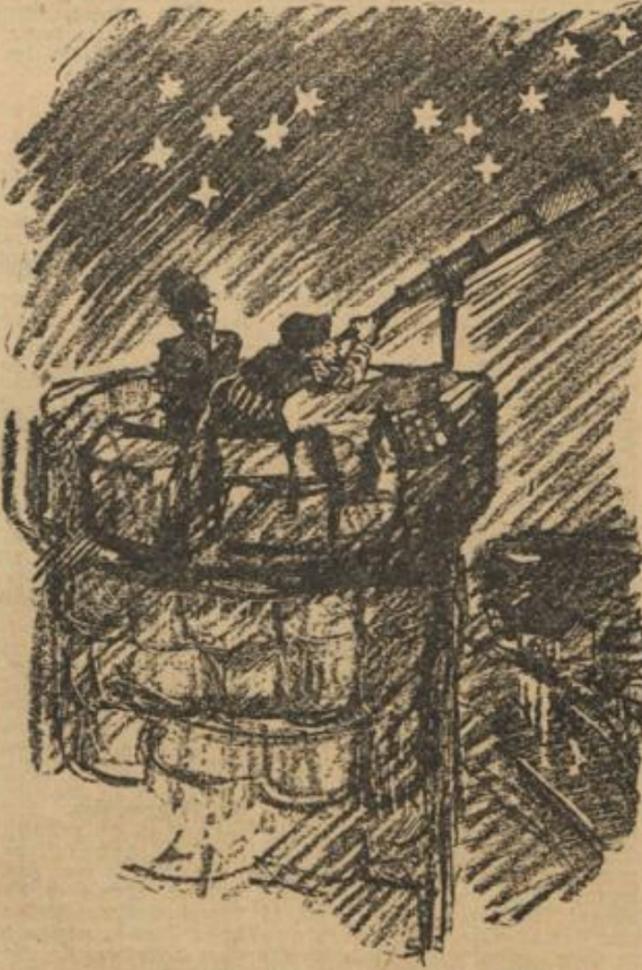
Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 96
Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 37

Schutz-**EMS**-Marke
Emser Wasser (Kränchen)
Pastillen / Quellsalz
Emsolif für die Zähne
Man beachte stets die Schutzmarke und vermeide Nachahmungen

Das Bad verlängert das Leben
Seit Jahrhunderten unerreicht
bei allen **Katarrhen - Luftwege, Magen, Darm, Niere, Blase, Unterleib - Altbewährte bei Asthma, Emphysem, Grippefolgen, Herz- und Gefäßkrankungen, Frauenleiden, Gicht u. Rheumatismus.**

Vielseitige Kurveranstaltungen.
Sport: Tennis, Hockey, Schwimmen, Rudern, Segeln u. a., Motorboote, Jagd und Fischerei, Berrbahn, große herrliche Waldungen, Gesellschaftsfahrten in das Rhein-, Mosel- und Lahntal, Taunus, Westerwald, Hunsrück, Eifel.
Vorzügliche Unterkunft für alle Ansprüche bei mäßigen Preisen. Zimmer mit voller Verpflegung von RM. 5.— an.
Badrücken frei durch die Staatl. Bad- u. Brunnendirektion, Bad Ems

STERNENKULT.



Auf Berliner Friedhöfen haben mehrere Grabsteine mit Horoskop.

Jedes grauenvolle Ereignis, das Heftatomben von Menschenopfern verschlingt, darum auch jeder große Krieg, lockt die Welt der Ueberlebenden in mystische Gebiete hinein. Die Empfänglichkeit weitester Kreise für alles, was geeignet erscheint, in dem Meer zertrümmerter Hoffnungen Trost und Halt zu gewähren, wird gesteigert. Alle mystische Bewegungen, die im Laufe der Jahrzehnte unter dem Einfluß ersten Forschens, praktischer Kulturerrungenschaften und zielbewusster Bildungsverbreitung verstanden, tauchen plötzlich wieder auf und finden vermehrt Anhänger. So haben auch die durch den Weltkrieg wieder zahlreich gewordenen Astrologen in Deutschland nichts veräumt, die Massen mit ihren Ideen, mit der vermeintlichen Wissenschaft, das Schicksal jedes Menschen aus dem Stande der Sterne zur Stunde seiner Geburt zu bestimmen, bekannt zu machen. Mit einer Hochflut von astrologischen Schriften wurde der Büchermarkt überschwemmt, in München, Leipzig, Berlin und Wien wurden in scheinbar wissenschaftlicher Form Astrologentagungen abgehalten. Deshalb ist es verfehlt, derartige Bewegungen, die starke Gefahren für den einzelnen in sich tragen, überlegen totzuschweigen. Der wachsenden Gefahr muß die Aufklärung entgegenarbeiten.

Stillstand und Aufschwung.

Die irakle, schon der arabischen Philosophie und Naturwissenschaft bekannte astrologische Lehre, die mit der exakten astronomischen Wissenschaft nichts gemein hat, stand zeitweise im hohen

Ansehen, war vor Jahrhunderten sogar auf Universtitäten eingeführt, beeinflusste häufig die Entschlüsse großer Staatsmänner, ist aber in der Forschung, wenn man überhaupt von Forschung reden kann, nicht vom Fleck der bloßen Glaubenslehre fortgekommen. Umgekehrt läßt sich sagen, daß ihr der Fortschritt der astronomischen Forschungen, besonders schon durch Kepler und Galilei im 17. Jahrhundert, gewaltigen Rückgang brachte. Trotzdem flackert der alte Sternenglaube in den folgenden Jahrhunderten immer wieder auf, vornehmlich in Deutschland, England, Frankreich, Holland und Nordamerika. Bezeichnenderweise waren es hauptsächlich sogenannte gebildete Kreise, die sich von der Astrologie in den Bann ziehen ließen und ihren Wert oft mit wahrem Feuer-eifer verteidigten, während die breite Masse sich viel kritischer und ablehnender verhielt. Zuerst in Deutschland schien man sich mit wachsender Aufklärung vom Sternenkult abzuwenden und der materialistisch-mechanischen Weltanschauung im erhöhten Maße zuwenden zu wollen. Doch schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erwacht das Interesse, von vermeintlichen Erfolgen im Ausland angefaßt, auch bei uns wieder. Man stellte in zahlreichen Vorträgen und Schriften die Astrologie als eine Art moderner Strahlenphysik hin, gründete mehrere Fachzeitschriften und 1910 in Leipzig die „Deutsche Astrologische Gesellschaft“, richtete Arbeitsgruppen, Lehrkurse, Prüfungsausschüsse, Standesvertretungen, Archive und Pressestellen ein. Astrologische Schriften vergangener Zeiten wurden ausgegraben, neue Almanache, diebändige Tabellen und Sammelwerke erschienen. Erst zwei Jahre ist es her, daß sich in Berlin die „Akademische Gesellschaft für astrologische Forschung“ bildete. Diese Benennung zeigt also, daß man sich härter als früher fühlt, den Spott der Skeptiker nicht mehr fürchtet und nun endlich versuchen will, Beweise heranzuschaffen, wo bisher unbewiesene Behauptungen standen. Das Totschweigen der Bewegung durch die offizielle Wissenschaft hat auch nicht den vermehrten Anschluß akademisch gebildeter Astrologiejünger gehindert. Bereits über Kerze ihre Praxis im Sinne der neuesten astrologischen Lehren aus. Geistliche bejahen in ihren Predigten den Wert der Astrologie.

Umfang der Astrologie.

Genau wie im dunklen Mittelalter, gibt es keine moderne Lebenserscheinung mehr, an die sich die Scheinbedeutung der Astrologen nicht heranmacht. Wenn die Sterne wirklich von bestimmendem



Der Astrolog auf der Straße

Einfluß auf unseren Werdegang sein könnten, wären wir ihnen ja von der Wiege bis zum Grabe rettungslos verfallen. Man höre aus dem System, das seine Verfechter sogar als einen „Kulturfaktor“ auszusagen wagen, nur folgendes: Da das Horoskop, die Aufzeichnung des Himmelsbildes im Augenblick der Geburt, bald nach der Geburt fertiggestellt werden kann, ist man imstande, die Erziehung von Kindesbeinen an entsprechend einzurichten. Auf diesem Wege wird man das Kind gemäß der in ihm liegenden Kräfte nicht mit Erziehungsmethoden traktieren, die man nach irgend einem generellen System oder nach Belieben sich ausgemalt hat. Man wird auch den richtigen Beruf für das Kind wählen und durch vergleichende Horoskopie für den geeigneten Umgang sorgen. Selbst die spätere Wahl des Ehegatten wird auf diese Weise meist zur Zufriedenheit ausfallen. Für die Kunst, heißt es, ist die Astrologie bedeutsam, indem sie Talente frühzeitig entdecken hilft; für die Rechtspraxis, indem sie zur Erkennung von Verbrechertypen beiträgt, ein richtiges Bild von der Zurechnungsfähigkeit gibt, bei Berührungskräften und Vermitteln den Anhaltspunkt gewährt für die Todes- und Unfallart; für die Politik, indem sie die Wahl der geeigneten Führer erleichtert; Kriege und Kältereverhebungen erklärt und auf die günstigen Zeiten für die einzelnen Regierungsmassnahmen hinweist. Den einzelnen Menschen, sagt man, lehrt die Astrologie, sich objektiv zu betrachten und das Schicksal als ein sinnvolles Programm aufzufassen. Sie gibt ihm nicht nur Aufschluß über die kleinsten Züge seines Charakters, sondern auch über seine körperliche Veranlagung. Damit will sie sich nicht etwa in Gegensatz zur Vererbungslehre stellen, denn das Horoskop enthält auch die Eigenschaften der Vorfahren u. a. m. Diese Zusammenfassung des höchst geschicht programmativ zurechtgestellten Systems offenbar ohne weiteres keine hohe Gefahr. Noch deutlicher wird das durch den Leitatz: „Astrologie ist eine Erfahrungswissenschaft, und wer keine Erfahrung besitzt, soll nicht mitreden.“ Die Erfahrung besteht aber, wie der Berliner Rechtsanwalt Dr. A. Dalbor in seinem mit großer Sachkenntnis und Sachlichkeit geschriebenen, kürzlich erschienenen Buche „Astrologie“ (Verlag Hermann Radtke, Berlin-Tempelhof, 250 S.) ausgeführt, lediglich in Statistiken mit einer reichen Zahl von Fallstudien, während man an noch viel mehr Horoskopen den Gegenbeweis völligen Versagens aufzeigen kann.

Betrüger und Charlatane.

In der Natur der Sache liegt der große Anreiz durch die Astrologie, Leichtgläubige zu beschwindeln und auszubeuten. Betrüger und Charlatane auf diesem Gebiete hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie sind heute noch auf den Märkten, in den Straßen der Großstadt und vor allem in den Inferatenplantagen besonders der Frauenzeitalten zu finden. Was sie angeblich aus den Sternen herausfälseln, ist nicht höher zu bewerten als etwa die Tropheiselung eines alten Weibes aus Karten, Kaffeebohnen und Eidfeder. Strafrechtlich sind diese oft durch Not zu solchen Erwerb gebräuteten Leute nicht ganz leicht zu fassen. Reist sie ihnen der behauptete gute Glaube an die für Geld verzapfte Weisheit nicht abzutreten. Erster wird es, wenn sie die gleiche Zukunftsliste in Bausch und Bogen an jeden, der bezahlt, verkaufen. Da lachen selbst die Sterne. Im Herbst 1919 verbreitete ein damals in Berlin lebender polnischer Astrologe folgendes Flugblatt: „Euch fehlt nur noch der Bolschewismus oder Prinz Eitel Friedrich auf den Thron. Vor dem Kriege haben eure Hunde im Tiergarten liegend geliebte belegte Butterbrote verschmäht. Die Hauptlehrer konnten sich über hundert Hühner halten, die mit Brotkrumen gefüttert wurden, die Arbeiterkinder in den Papierfabrik wandern ließen. Den Hon an der Sonne habt ihr gehabt. Aber in eurer gottlosen Verblendung wolltet ihr ihn allein behaupten. Deshalb strafe euch Gott. Das Gebet verflachtet, Scheinheiliger Pharisäer und Verbrecher erhört Gott nie und nimmer. Bedenkfundiige Verbrecher im Arbeiteranua deuten in schurkenhafter Weise gleich den heidnischen Priestern ihre

Der Wobblly.

Von B. Itzen.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

14] Er hatte schon recht, aber es kam doch nie einer, der etwas vom Baden verstand. Man mußte ihnen jeden einzelnen Griff zeigen, sogar wie sie ein Blech oder den Wehlöffel anzufassen hatten. Und ehe man es ihnen zeigte, hatte man es zehnmal selbst gemacht. Manche begriffen es ja rasch. Manche aber standen ewig im Wege herum und hielten nur auf. Wir bekamen einen Konditor, der mit dem einfachsten Blätterteig nicht fertig wurde, und doch konnte er Zeugnisse vorzeigen, daß er in ersten Konditoreien gearbeitet hatte.

Es waren nur die Fremden, die ausländischen Arbeiter, an denen Señor Douz verdienen und die er ausbeuten konnte. Die mexikanischen Arbeiter ließen sich nicht so ausbeuten. Sie machten das zwei, drei, höchstens vier Wochen mit, dann sagten sie: „Das ist zuviel Arbeit“ und hörten auf. Dann hatten sie aber auch genügend Geld, daß sie einen kleinen Handel mit Zigaretten, Kaugummi, Ledergürteln, Revolvertaschen, Badwaren, Zuckerwaren, kandierten Früchten, frischem Obst oder ähnlichen Dingen anfangen konnten. Der Handel brachte ihnen vielleicht nur einen Peso durchschnittlich im Tag, aber sie richteten sich damit ein und waren freie Männer, die nicht anderen Leuten ihre Knochen verkaufen. Manche dieser kleinen Händler kamen immer höher rauh, bis sie sich in einer winkligen Nebengasse ein dunkles kleines Lokal mieten konnten, das sie zu einem Laden einrichteten.

Wir dagegen blieben immer verflakt. Wir gaben uns mit dem Peso Reingewinn, den wir als freie Männer hätten machen können, nicht zufrieden. Wir verdienten ja auch viel mehr. Einen Peso und fünfzig Centavos den Tag und Essen und Wohnung. Und wir stellten höhere Ansprüche an das Leben. Jene Leute, die nur gerade so lange arbeiteten, bis sie genügend verdient hatten, um sich selbständig zu machen, gaben sich mit einer Zwirnhohe für drei Pesos fünfzig Centavos zufrieden. Eine solche Hohe war uns natürlich nicht genug. Unsere mußte sieben oder acht Pesos kosten. In einer anderen glaubten wir uns nicht sehen lassen zu können, ohne unsere Würde als Weißer zu verlieren. Jene freien Leute kauften rohe Stiefel für sieben oder acht Pesos. In solchen Stiefeln konnten wir nicht über die Straße gehen. Wie hätte denn das ausgefallen? Schon der Mädchen wegen konnten

wir das nicht tun. Unsere Stiefel kosteten nie unter sechzehn oder achtzehn Pesos. Wir waren ja auch Weißer. Und um das bleiben zu können in den Augen der übrigen Weißer, der Amerikaner, der Engländer, der Spanier, mußten wir Sklaven bleiben. Adel verpflichtet. Nirgend mehr als in tropischen Ländern, die eine eingeborene Bevölkerung haben so groß, daß die Weißer nur einen kleinen Prozentsatz ausmachen.

Freilich, wengleich wir uns auch die größte Mühe gaben, Rasse zu behalten, wir lebten dennoch in einer merkwürdigen Schwebstellung. Die Amerikaner, Engländer und Spanier zählten uns nicht zu ihresgleichen. Für die waren wir doch nur das dreieig Proletariat, und das blieben wir auch. Zu den Mischblütigen gehörten wir auch nicht. Für die waren wir die fremden Bettler, der Schlamm, der den wohlhabenden Weißer in der ganzen Welt nachfolgt und ihnen an den Fersen haftet, wohin sie auch immer gehen. Diese Großen machen natürlich den Schlamm, aber wenn sie ihn wegräumen sollen, dann gehen sie heim.

Zu den reinblütigen Eingeborenen gehörten wir auch nicht. Auch diese wollten nichts mit uns zu tun haben. Alle diese und sieben Achtel der Halbbblütigen waren Proleten wie wir, aber es trennte uns doch eine Welt voneinander, die nicht überbrückt werden konnte. Sprache, Volksvergangenheit, Sitten, Gebräuche, Anschauungen. Ideen waren so trennend, daß sich kein gemeinsames Band zeigen konnte.

Laßt es gehen wie es will. Laßt uns leben. Und das wollen wir.

Wie hatten wieder mal Lohn ausbezahlt bekommen. Osuna und ich gingen einzukaufen. Er kaufte einen neuen Hut, Hemd und neue Stiefel; ich legte mir eine neue Hose und ein Paar schöne braune Schuhe zu. Wir gingen gleich nach Hause und zogen das an.

Dann sagte Osuna: „Was tun wir denn mit dem Geld, das wir jetzt noch übrig haben?“

„Das möchte ich wissen,“ sagte ich. „Ich habe mir auch schon Gedanken darüber gemacht. Ueberflüssige Sachen zulegen hat gar keinen Zweck.“

„Rein, das hat gar keinen Zweck,“ bestätigte Osuna.

„Das Geld hier in der Tasche behalten, wäre eine Dummheit,“ fuhr ich fort.

„Das wäre gewiß eine sehr große Dummheit,“ gab Osuna zu. „Es wird einem ja doch gleich gestohlen.“

„Es auf die Bank zu tragen, halte ich auch nicht für gut,“ erklärte ich.

„Wir würden uns damit nur lächerlich machen, wenn wir mit unsern paar Pesos da angerückt kommen und sagen, daß man uns damit ein Konto eröffnen soll,“ sagte Osuna, und er hatte recht.

„Zweifellos würden wir uns damit unsterblich blamieren,“ unterstrich ich die kluge Bemertung Osunas. „Außerdem ist die Bank jetzt schon geschlossen. Während der Geschäftsstunden haben wir auch keine Zeit hinzugehen.“

„Was sollen wir nur tun mit dem Geld? Auf Tequila habe ich gar keinen Appetit.“ Das sagte Osuna.

„Ich kann ihn nicht riechen.“ Das sagte ich.

„Wissen Sie, was wir tun könnten?“ fragte Osuna.

„Ja?“

„Wir könnten runtergehen zu den Señoritas.“

„Das Beste, was wir tun können,“ antwortete ich. „Dann wissen wir wenigstens, wo unser Geld geblieben ist, und wir können es auch gar nicht besser anlegen.“

„Richtig,“ sagte Osuna. „Da sprechen Sie die Wahrheit. Wir leben ja jetzt ganz anständig aus und können uns da sehen lassen. Immer die Backstube vor Augen oder die Kammer, da wird man noch ganz verrückt.“

„Ja,“ sagte ich, „und die Photographien tun es auch nicht für immer. Ich glaube überhaupt, wir müssen uns mal nach einigen neuen Photographien umsehen. Ich kann diese Frauenzimmer nun bald nicht mehr angucken.“

„Ich auch nicht,“ gab Osuna zu. „Es ist beinahe so, als ob man mit ihnen verheiratet wäre. Sie mischen sich bereits in alles rein, und sie scheinen sich in der Tat um alles zu bekümmern, was wir tun. Ich bin es nun leid. Man kennt sie schon zu gut, und ich will mal andere Gesichter sehen.“

Osuna stand auf von dem Rand des Bettgestells, ging zur Wand und riß die ganzen schönen, nackten Frauen herunter. Dann legten wir jeder einen Peso beiseite, verdeckten die beiden Pesos in einem alten Schuh und machten aus, daß wir morgen nachmittag neue Frauen und neue „Borgänge“ kaufen würden, um unsere einsamen Kammerwände damit zu zieren und unsere Phantasie nicht verhungern zu lassen. Um auch die richtige Auswahl treffen zu können und zu wissen, was am eindrucksvollsten auf unsere Phantasie wirken könne, machten wir uns jetzt elegant und suchten nach den Wirklichkeiten des Lebens, wo es nicht nüchtern, sondern schön ist, ohne der Betäubung durch den Tequila zu bedürfen.

(Fortsetzung folgt.)

armen Mitmenschen aus. Ende Dezember, nachdem ein Staatsmann mit kleinem Bärtchen und jüdischer Abstammung die Kontinentalpolitik hier glücklich durchgeführt hat, werde ich ein Horoskop für 1920 veröffentlichen. Die Zukunftsergebnisse kann ja jeder persönlich bei mir nachfragen." Der Schlußsatz hatte die beabsichtigte Wirkung, die Dummen ließen sich noch mehr als sonst zu dem geschäftstüchtigen Polen. Zu wahren ist auch vor verschiedenen in Paris, London und in Holland lebenden angeblichen Professoren, die mit Insuperen Zukunftsvermutungen anlocken und zunächst nur ein paar Pfennige für Porto verlangen, hinterher aber sofort mit erheblichen Nachforderungen kommen. "Wer sich nicht fürchtet, soll die Wahrheit hören!" Das ist der biedermännliche Ausruf. Was aber das unglückliche, vielleicht von frühem Tod, Verfall und ähnlichem sprechende Horoskop für schwere seelische Folgen haben kann, darüber machen sich diese Geldharrer keine Kopfschmerzen. Eine Statistik der durch astrologische Verflüchtungen bei sensiblen Naturen hervorgerufenen geschäftlichen Verluste, Erkrankungen, Selbstmordtendenzen und vollendeten Selbstmorde würde wohl mehr als alles andere zur Abkehr von trugvoller Wahnelehre beitragen.

Wieviele Menschen auf dem Erdenrund werden zur gleichen Stunde, zur gleichen Minute, oder unter dem gleichen Stern geboren! Mühen die nicht sämtlich das gleiche Schicksal haben? Und wie steht es mit den Zwillingen? Sie gleichen sich äußerlich wie ein Ei dem anderen und haben doch meist einen grundverschiedenen Verbergn. Schon der eine Zwilling, der als Säugling stirbt, während der andere ein hohes Alter erreicht, läßt das Wahngelübde von der Gleichheit unter dem Geburtsstern über den Haufen purzeln.

Um die Kraftzentrale.

Wer liefert den Strom für die Berliner Eisenbahnen?

Ueber die Absicht der Reichsbahn, die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zu elektrifizieren, ist vor kurzem im "Vorwärts" berichtet worden. Wir hatten mitgeteilt, daß die Bahn beabsichtige, zu diesem Zweck ein eigenes Kraftwerk zu bauen und daß nicht nur vom Standpunkt der Berliner Elektrizitätswerke, sondern vor allem vom Standpunkt der Allgemeinheit dieses Vorhaben als verfehlt zu betrachten sei. Inzwischen haben die Fachberater der Reichsbahn sich allen Einwänden zum Trotz für das bahneigene Werk ausgesprochen und die letzte Entscheidung wird in der nächsten Zeit im Verwaltungsrat der Reichsbahn fallen.

In diesem kritischen Augenblick hielt es die Direktion der städtischen Werke für ihre Pflicht, durch Vermittlung der Presse der Öffentlichkeit über die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken Aufschluß zu geben. Selbst wenn man die eigenen Interessen der Berliner Elektrizitätswerke berücksichtigt, die bei der Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen auf die Lieferung erheblicher Strommengen hoffen konnten und sich dementsprechend bei der Bemessung der Leistung des neuen Kraftwerkes Kummelsburg einrichteten, muß man bei Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und auch der Betriebssicherheit zu dem Schluß kommen, daß die Errichtung des bahneigenen Werkes ein schwerer Fehler wäre.

Zunächst dürfte es den Bemohnern von Stralau-Kummelsburg nicht gleichgültig sein, wenn man mitten im dichtesten Siedlungsgebiet, und zwar auf dem Gelände der früheren Reparaturwerkstatt Markgrafendamm ein neues Kraftwerk errichtet. Dieses Werk soll im ersten Ausbau eine Maschinenleistung von 90000 Kilowatt erhalten, die von zwei Vordurchlaufmaschinen von je 10000 Kilowatt, drei Grundturbinen von je 20000 Kilowatt und zwei Hauptturbinen für den eigenen Strombedarf des Kraftwerkes von je 5000 Kilowatt erzeugt werden sollen. Diese Maschinen sollen jährlich 130 Millionen Kilowattstunden abgeben. Weiter ist geplant, dieses Werk bei einer späteren, auf 75 Prozent der Betriebsleistung für eine Leistung von 120000 Kilowatt und eine Jahreserzeugung von 237 Millionen Kilowattstunden auszubauen. Der erste Ausbau dürfte etwa 25 Millionen Mark an Kosten verursachen, die mit etwa 8 Prozent verzinst werden müssen. Wenn man die Amortisationsquote nach 4½ Prozent in Rechnung legt, wäre ein jährlicher Kapitaldienst von 12½ Prozent, also etwa 2,9 Millionen Mark zu leisten. Diese hohe geldliche Belastung eines relativ kleinen, aber bei der Eigenart des Bahnbetriebes durchaus nicht voll ausgenutzten Kraftwerkes muß sich natürlich in den Strompreisen auswirken. Allein für den Kapitaldienst entfielen auf jede Kilowattstunde 2,3 Pfennig. Daraus ergibt sich von vornherein ein höchst unwirtschaftlicher Betrieb. Aber auch die von der Reichsbahn erwartete Sicherheit in der Stromversorgung wird nicht erreicht. Während die Berliner Elektrizitätswerke nach ihrer endgültigen Zusammenfassung ihr Verteilungsnetz so gehalten haben, daß jeder Belastungsknotenpunkt von zwei unabhängigen Kraftwerken gespeist wird, so daß bei dem Versagen einer Leitung die andere die gesamte Last übernimmt, muß die Bahn bei einem einzigen Kraftwerk auf diese Sicherheit verzichten. Wenn die Bahn auf die Streifenbahn hinweist, so darf man entgegen, daß sie in ihrem eigenen Werk sicherlich genau so groß oder so klein ist wie in den anderen Werken. Im Gegensatz zu diesem bahneigenen Betrieb, dessen Lage an sich schon in bezug auf den Zu- und Abfluß der benötigten Kühlwassermengen recht ungünstig liegt, ist das in nächster Nähe von ihm gelegene Großkraftwerk Kummelsburg in der Lage, mit einem Drittel seiner Hauptmaschinenleistung den gesamten Bedarf der elektrisch betriebenen Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zu decken. Da dieses Werk außerdem unter den günstigsten technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen arbeiten kann, hat es der Reichsbahn leicht ein Angebot machen können, bei dem die Stromlieferpreise beträchtlich unter denen des bahneigenen Werkes liegen. Damit wäre nicht nur das Werk ausgenutzt, sondern die Reichsbahn bekäme Mittel zur schnellsten Durchführung des elektrischen Ausbaues ihrer Berliner Strecken frei. Damit aber wäre nicht nur der Reichsbahn, sondern vor allem der Berliner Bevölkerung gedient. In ihrem eigenen Interesse aber sollte es sich die Reichsbahn überlegen, ob sie die geplante Elektrifizierung der Berliner Strecken unnötig lange hinauszögern und mit Beträgen belasten will, die letzten Endes wiederum die Fahrgäste, d. h. die Berliner Bevölkerung zu tragen hätte.

Der Spielteufel.

Die umfangreichen vielbesprochenen Beruntreuungen in der Kasse der Vereinigung der Reichsbankbeamten beschäftigten gestern das Große Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Unterschlagung und Untreue hatte sich der Reichsbankoberinspektor Hergesel zu verantworten, dem zur Last gelegt wurde, aus der ihm anvertrauten Kasse 46000 Mark veruntreut zu haben. Der große Betrag scheint reiflos auf der Kennbahn vertriebt worden zu sein. Das Schöffengericht ließ weitgehendste Milde walten und erkannte gegen H. wegen fortgesetzter Unterschlagung und Untreue auf sechs Monate Gefängnis. Es wurde ihm auch für diese Strafe Bewährungsfrist gegeben unter Ansetzung einer Buße von 500 Mark, die in Monatsraten von 25 Mark abzuzahlen ist. Bei der bewiesenen Leichtfertigkeit und angesichts der Höhe des Schadens hätte, wie Amtsrichter Dr. Hager ausführte, das Gericht dem Angeklagten persönlich eine Bewährungsfrist nicht zuteil werden lassen, sondern hat sich nur aus wirtschaftlichen Rücksichten auf seine Familie dazu bewegen lassen. Zur Bedingung wurde dem Angeklagten jedoch gestellt, daß er innerhalb von drei Jahren durch Abzahlung der Lebensversicherung und durch pünktliche Zahlung der Prämien den ersten Willen zur Gutmachung des Schadens erbringe.

Bom Spiel in den Tod. In der Straßentrennung Brenzlauer und Christburger Straße wurde gestern nachmittag der 12jährige Schüler Herbert Peil, wohnhaft Brenzlauer Allee, von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Das Kind wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo es

kurz nach der Einlieferung an den Folgen eines Schädelbruchs verstarb. Den Führer des Wagens soll keine Schuld treffen, da der Berunglückte beim Spielen direkt in den Wagen hineinkam.

Studenten, zur Wahl!

Am 22., 23. und 24. Juni finden bekanntlich an der Universität Berlin die Wahlen zur Studentenvertretung statt. Diese Wahlen sind von größter Wichtigkeit, gilt es doch die Willkürherrschaft der reaktionären studentischen Verbindungen, die durch übelste Korruptionsaffären, wie im Falle Bierstempel, sowie durch pöbelhafte Ausschreitungen gegen freigeistliche Professoren und Studenten, Würde und Ansehen des deutschen Studententums aufs schmachlichste diskreditiert haben, zu brechen. Hugenbergs "Lokal-Anzeiger" stößt in seinem gestrigen Morgenblatt wilde Töne der Angst aus über die bedeutende Zahl von 236 Stimmen, die die Vereinigung der sozialdemokratischen Studenten bereits am ersten Wahltag erhalten hat. Auch hierin haben sich Hugenbergs junge Leute wie schon so oft verhalten. Die genaue Zahl, die am gestrigen Tage abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen steht noch nicht fest, doch scheint die erhebliche Ziffer des ersten Tages noch um ein Bedeutendes geschlagen worden zu sein. Würden doch gestern allein im Wahllokal in der alten Aula der Universitäts bis ½ Uhr mittags 122 weitere sozialdemokratische Stimmen gezählt. Hinzukommt noch, daß die kommunistische Sonderliste, die am ersten Tage 121 Stimmen erhielt, eine erhebliche Anzahl sozialistischer Wähler aufgefunden hat. Am heutigen dritten und letzten Wahltag muß die entscheidende republikanische und freigeistliche Studentenschaft Berlins bis zum letzten Mann an die Urne. Es gilt, der Welt zu zeigen, daß der alte schwarzrotgoldene Volksgelst der Burckenschafter, der Sinn für Recht und Freiheit in unserer Studentenschaft noch nicht verschwunden ist. Seht dem Terror der Bierstempel die Front des Einheitsblocks der republikanischen sozialdemokratischen Akademiker entgegen. Der letzte Wahltag muß die drei- bis vierfache Zahl sozialdemokratischer Wählerstimmen erzielen als die beiden vorhergehenden. Republikanische Studenten erfüllt eure Pflicht! Wählt die Liste der Vereinigung der sozialdemokratischen Studenten!

Vom Kutischer-Prozess.

Gestern fanden in der Kutischer-Sache zwei Gerichtsverhandlungen statt: die erste am Bett des kranken Kutiskers, die zweite in Moabit. Zur ersten war der Geheimne Sanitätsrat Prof. Dr. Hill, der Direktor der ersten medizinischen Klinik der Charité geladen, damit er über das Befinden Kutiskers eine Gutachten erstatte. Er stellte fest, daß der Patient sich bereits auf dem Wege zur Genesung befindet und im Laufe der nächsten Woche bereits im Gerichtssaal erscheinen könne. Daraus wurde mit Einverständnis der Verteidiger Kutiskers beschlossen, die Verhandlung in dessen Abwesenheit in Moabit fortzuführen, damit bereits am Montag der Staatsanwalt mit seinem Plädoyer beginnen könne. Die Verhandlung in Moabit beschäftigte sich dann in der Hauptsache mit Holzmann, der endlich mal wieder dem Prozess beiwohnen konnte. Zu erwähnen

wäre höchstens das zur Verlesung gebrachte Protokoll des kommissarisch vernommenen Zeugen Eisner, der unter anderem ausgefragt hatte, daß das von Kutisker für 9 Millionen Mark zum Verkauf angebotene Hanauer Lager in Wirklichkeit nur 900 000 Mark wert war. Die Verhandlung dauert heute fort.

Ein neuer Kindermord in Schlesien.

Ein Mädchen getötet, ein Knabe schwer verletzt.

Ein neues schweres Verbrechen beschäftigt die Breslauer Kriminalbehörden. Umweit des bekannten Badoortes Rudowa liegt in der Grafschaft Glatz das Dorf Sackisch. Hier bewohnt ein Lokomotivführer ein etwas abseits liegendes Haus, zu dem auch eine Stallung gehört. Gestern war der Mann mit seiner Frau zu Befragungen ausgegangen und hatte die beiden Kinder, ein Mädchen von 13 Jahren und einen Knaben von 7 Jahren allein zurückgelassen. Als das Ehepaar gegen Abend zurückkam, wunderte es sich, daß in dem Anwesen Totenstille herrschte. Sogar die Ziegen, die sich sonst um die Futterzeit bemerkbar machen, ließen keinen Laut vernehmen. Die Eltern gingen zuerst nach dem Stall und fanden hier beide Ziegen durch Messerstiche getötet daliegen. Voll böser Wut gingen Mann und Frau nun in das Haus und fanden nach längerem Suchen ihre dreizehnjährige Tochter tot im Keller auf. Den Knaben entdeckte sie endlich auf dem Boden. Er war besinnungslos und ebenfalls sehr schwer verletzt. Da er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde er sofort in das Krankenhaus gebracht. Beide Kinder sind durch Messerstiche entsetzlich zugerichtet. Durch die umgehend in Kenntnis gesetzte Ortspolizei wurde auch die Staatsanwaltschaft in Glatz von der grauenhaften Bluttat benachrichtigt, die die Breslauer Kriminalpolizei mit den Ermittlungen betraute. Die Nordkommission der Breslauer Kriminalpolizei und Kriminalrat Gennat von der Berliner Kriminalpolizei begaben sich noch am Abend nach Sackisch. Die Möglichkeit, daß auch dieses neue Verbrechen, dem wieder zwei Kinder zum Opfer fielen, von demselben Täter verübt wurde wie der Doppelmord an den Geschwistern Jehse, ist nicht von der Hand zu weisen. Es handelt sich zweifellos um die Tat eines Geisteskranken, der sie im Blutrausch begangen hat.

Die Beendigung der dänischen Ostafrika-Flugerpedition. Der dänische Heeresflieger Premierleutnant Botved ist am gestrigen Mittwoch, nachmittag 3 Uhr 35 Minuten, in Königsberg, wo er auf der Rückkehr von seinem Ostafrikaflug eingetroffen war, zum direkten Flug nach Kopenhagen gestartet. Damit ist die dänische Ostafrika-Expedition, die am 17. März auf ihrem Hinflug nach Berlin berührte, nach dreimonatiger Dauer erfolgreich zu Ende geführt. Die zweite Maschine der Expedition, die von Leutnant Hershend geführt wurde, schied allerdings bei einer Notlandung in Hinterindien durch Havarie aus. — Nach einer Meldung aus Kopenhagen ist Fliegerhauptmann Botved um 7.45 Uhr abends dort gelandet. Die Strecke Tokio-Kopenhagen ist in 9 Tagen durchflogen worden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! Macht für die Sonnenwende am Sonnabend, den 24. Juni, am Reichstag bei Golem (Votadam).

Heute, Donnerstag, den 24. Juni, abends 7½ Uhr:

Schweidnitz Jugendheim Umkehr. 2. Vortrag: "Das Volkstum und seine Pflege im Einzel- und Chorchorale". Referent: Genosse Dr. G. Guttman. Große herzlich willkommen. — Radeberger Viertel: Lichtbildervortrag: "Die Arbeiterjugendbewegung". — Friedrichshagen Jugendheim Offenbacher Str. 18. Vortrag: "Geschichte der SAJ". — Schöneberg III: Jugendheim Hauptstr. 13. Rathenau-Fest. — Schöneberg: Südseite, Wilhelmstraße. Vortrag: "Warum feiern wir Sonnenwende?". — Schöneberg Jugendheim am Rindfleischweg. Referat und Ausprobieren: "Tob und Wälze!". — Friedrichshagen (neue Gruppe): Jugendheim Volkstr. 22. Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".

Gesellschaftliche: Berlin G. 14. Sebastianstr. 37/38. Hof 2 Tr. Gausseffland. Wien-Jahres. Die an der geschlossenen Hin- und Rückfahrt teilnehmen, werden sich nach Ausstellung eines Gemmelbilletts sofort bei den Kreisoffizieren. — Tiergarten: Rothaus-Fest der Weiden im Park. Referent: Stadler Str. 64. bis Sonntag, den 27. Juni. Jahrespreis 10 Pf. — Berlin: 8. Juni. — Kreuzberg: Fr. 8. 25. Juni, abends 6 Uhr. Gemmelbilletts Kameraden Georgius Sabbatfeier. 7 Uhr Abrechnung der Abteilungsleiter bei Heim. Urbanstr. 39. Keine Abrechnung dort fehlen. — Friedrichshagen: Fr. 8. 25. Juni, abends 7 Uhr. Augführerführung bei C. Arber, Thiergartenstr. 39. Um 8 Uhr Ausfahrt in den bekannten Waldsee. — Friedrichshagen: Fr. 8. 25. Juni, abends 8 Uhr. Monatsversammlung beim Kameraden Schwere, Caprinstraße 42. — Schöneberg: Schöneberg: Do. 8. 24. Juni, abends 8 Uhr. Referat zur Einstellung in der Turnhalle. Referat abrechnen. — Baumgartenweg: Rathenau-Fest in Ober-Schöneberg. Treffpunkt 6½ Uhr 25. Baumgartenweg. — Weihen (Kreis): Do. 8. 24. Juni, abends 6 Uhr. Kameraden zur Rathenau-Festfeier werden sich zur Aufstellung Baumgartenweg. Ecke Prenzlauer Allee, bei Burg. Preis 30 Pf. Referat abrechnen geht mit. 8½ Uhr Kreisversammlung "Brüder Baum". Berliner Allee. Mitgliederfeier mitsingen.

Bezeichnung für Schül- und Erziehungstragen. Berlin-Lexowen. Freitag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Reichslokal der 6. Preuss. Gemeindefschule, Wilhelmstr. 51. 5 Tr. Mittwöchlicher Unterricht. Ein Bild aus dem Gemeindefschulischen (mit einer Oberklasse). Vortragender: Referat: Hs. Jansen. Eintritt frei.

Reinheimatlicher Söhne und Töchter. Sonnabend, 24. Juni, 8 Uhr, in Godesbecker Restaurant, Wilhelmstr.-Kreuzstr. 5, wichtige Zusammenkunft. Godebecker willkommen.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Mittwoch, den 23. Juni.

1. Rennen. 1. Ver alpen (Herm. Schleuser), 2. Küster (Treuberg), 3. Buseffchen (W. Reutenfeld). Toto: 78 : 10. Platz: 20, 15, 26 : 10. Ferner liefen: Die Wuppe, Regenbogen, Theodora, Walfeser, Dorette, Ida Bolos, Wagner, Aga.
2. Rennen. 1. Franke (W. Ringius), 2. Königsbader (Lautenberger), 3. Manrico (E. Treuberg). Toto: 29 : 10. Platz: 14, 19, 17 : 10. Ferner liefen: Barmaid, Mrs. Postworth, Kapitan Galle, Pedra, Deutscher, Hedermisse.
3. Rennen. 1. Citran (A. Wills), 2. Siegleicht (Zauch jr.), 3. Wallis (E. Decker). Toto: 36 : 10. Platz: 15, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Freiberger, Jimine, Gladiolus I, Schneewalze (H. Wills), Herrlicher, Brüllis, Unheil.
4. Rennen. 1. Florentiner (A. Wills), 2. Gassenmädel (Zauch jr.), 3. Beschäftigt (Königsbader jr.). Toto: 60 : 10. Platz: 18, 16, 14 : 10. Ferner liefen: Courette, Frankenstein, Corona, Die Rinne, Kammerjäger, Karl Alexander.
5. Rennen. 1. Lulle B. (Veit), 2. Kurgast (E. Eoloff), 3. Benedict (E. Köbler). Toto: 134 : 10. Platz: 25, 18, 26 : 10. Ferner liefen: Erster Bollerlöcher, Langmacher, Nipologe, Erich E. Dante, Brillen Prinz, Rabach, Imparteur, Luera, Diamante, Uessa, Zeitgeist.
6. Rennen. 1. Fey (A. Wills), 2. Feis (A. Wills), 3. Jora (Smiger). Toto: 18 : 10. Platz: 11, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Aronhays J., Clematis Nau, Barcol, Al. Badria Sill.
7. Rennen. 1. Kopele (Blatt), 2. Sonntagsspring (Weißner jun.), 3. Peter W. (L. Weis). Toto: 32 : 10. Platz: 16, 29, 27 : 10. Ferner liefen: Erasmus, Prinz Foto, Rabiola, Rindscott jr., Notula, Indora.
8. Rennen. 1. Michael (A. Wills), 2. Turiddu (E. Lautenberger), 3. Struvelpeter (E. Ringius). Toto: 47 : 10. Platz: 24, 14, 24 : 10. Ferner liefen: Du, Großmouat, Wintermädelchen, Zwickhoffer, Friedrichsbor, Lucie Galle, Armenier, Kronstetter, Orientale, Champion Gaud, Gaudier jr., Gledreid, Venus, Katal, Dammholer, Crispa, Lotte Knoll.
9. Rennen. 1. Leo Batis (Geohmann), 2. Veralla (E. Sinn), 3. Copal (E. Schmidt). Toto: 45 : 10. Platz: 31, 39, 18 : 10. Ferner liefen: Angriff, Lumpi, Zorrero, Diagonale, Prinzessin Etanah, Ebbel, Verolana, Katharina, Doppelst 1, Gablek, Kyoortj, Prinz, Adell, Indlaner, Belle, Verma, Jetties jr., Alad, DeLa.

Messersbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Stetlich feier und am Tage mäßig warm. Keine nennenswerten Niederschläge. — Für Deutschland: Noch veränderlich, aber etwas wärmer.

Die verlorene Krone.

Von E. Leyb.

Wer glaubt, daß die Geschichte von dieser Krone eine bedeutende und pathetische Angelegenheit sei, irrt sich. Sie hat durchaus nichts mit den Leiden und Nöten der abgedankten Fürstlichkeiten zu tun, die jammernd im Exil und Elend und wie es sonst so schön heißt, ihren verlorenen Kronen nachtrauern müssen. Nein, niemand bediente sich mit Geschick und List der niedrigsten Instinkte der Menschen, um diese verlorene Krone wiederzugewinnen. Es wäre das auch unmöglich gewesen. Denn diese Krone war eigentlich so wenig wert, daß nur der Verkäufere oder vielmehr die Verkäufere und noch eine andere recht unbedeutende Persönlichkeit Nummer über ihren Verlust empfanden. Um es gerade heraus zu sagen, die Krone entsprach etwa einer Summe von fünf Reichsmark. Denn die Geschichte spielt in England, und die verlorene Krone ist nichts anderes als ein fünf-Schilling-Stück, das Frau Blüch plötzlich nicht mehr in ihrem Besitz fand.

Dabei mußte Frau Blüch ganz genau, daß das Geldstück noch dagewesen war, als sie beim Bäcker das Brot bezahlt hatte. Da war es in ihrem silbernen Glanze in der Umgebung einiger Pennystücke zurückgeblieben, und Frau Blüch hatte es noch einmal herausgenommen und dann diese aristokratische Münze ein wenig abseits von den anderen gelegt, weniger, um sie besonders zu ehren, als weil sie es vermeiden wollte, die Krone jedesmal in die Hand zu bekommen, wenn sie einige Pennys ausgab.

Seit diesem Augenblick, so schien es, war die Krone fort. Frau Blüch war nach Hause gekommen, hatte das Brot in den irdenen Topf gesetzt, der in ihrem Haushalt der Aufbewahrung der täglichen Backware diente, hatte im Herd Feuer gemacht, die schon geschälten Kartoffeln nochmals gewaschen und dann ausgelegt, als sie plötzlich merkte, daß ihr Salz fehlte. Da sie für so kleine Einkäufe nicht ihr ganzes Wirtschaftsgeld mitzunehmen pflegte, griff sie rasch in ihr Portemonnaie, das sie gewohnheitsgemäß in einem Fach des Küchenschrankes aufbewahrte, um einige Pennys herauszuholen. Unwillkürlich suchte dabei ihr Blick die Krone; aber er fand nur Kupfer.

Da durchwühlte ihre Hand in jähem Schreck die Münzen, klappte die anderen Fächer der Geldtasche auf, tastete das Brett im Küchenschrank ab — die Krone war und blieb verschwunden.

Frau Blüch vergaß völlig, daß sie noch hatte Salz kaufen wollen. Sie begann, den Küchenschrank auszuräumen. Drehte die Tassen um, wusch die Teller ab, öffnete alle Dosen. Es war ein durchaus lärmloses Beginnen, denn es war schließlich unmöglich, daß die Krone in einen dieser Schlupfwinkel geraten sei. Blickeleicht fiel das Frau Blüch auch plötzlich ein. Da ließ sie alles stehen und liegen, wie es eben lag und stand, strich nur schnell über ihre vom häßlichen Suchen verwirrten Haare und lief zum Bäcker.

Rein, man hätte dort auch keine Krone gefunden. Es waren zwar einige Kunden dagewesen, zum Beispiel der kleine Lehrling aus der Tischlerei von nebenan, und dann Frau Schmidt aus Nummer 56 und ein Fremder; sonst niemand. Ja, es war jetzt über Mittag stille Zeit. Alle Kunden hatten rasch gekauft und bezahlt und waren dann wieder gegangen. Die Bäckerfrau konnte sich nicht erinnern, daß sich einer von ihnen in ihrem Laden gebückt hätte, und sie pochte doch immer sehr genau auf, wegen der Schaumare, die vor dem Ladentisch stand. Frau Blüch hatte zu den Reden der mitleidigen Bäckerfrau hin und wieder einmal genickt; aber ihre Augen hatten dabei fast unablässig an dem Fußboden gehangen, als suchten sie nach einem Spalt, in den das tückische Kronenstück sich hätte verfrachten können. Doch auf den roten Fliesen war kein noch so kleines Loch zu entdecken. Und auch auf dem Boden schien es für ein so umfangreiches Geldstück keine Möglichkeit zum Einschlüpfen zu geben. Immerhin griff Frau Blüch nochmals in ihre Korbtasche, als könnte das Geldstück dort inzwischen heimgefunden haben, und als sie sie so leer fand, wie sie naturgemäß sein mußte, beobachtete sie sich häßlich und mit kurzem Dank und eilte wieder nach Hause, wo inzwischen die Kartoffeln noch immer ohne Salz lagten.

Es war gut, daß der kleine Karl jetzt aus der Schule kam und das ganze Durcheinander in der Küche sah. Karl ging erst jetzt etwa zwei Jahre zur Schule, aber er war ein ernsthaftes, verständiges Kind, ganz anders als sein Bruder Fred. Fred war fast vierzehn Jahre alt und groß und stark. Doch Hilfe hatte die Mutter kaum von ihm. Nicht, daß er nicht gut ist. Aber sobald er nach Schluß sein Mittagessen gegessen hatte, war er auch für den Tag verschwunden. Jemandem fand er sich dann mit gleichgesinnten Kameraden zusammen, um an seltsamen mechanischen oder elektrischen Gebilden zu basteln, die ihn bis spät am Abend festhielten. Dann kam er nach Hause und zeigte hier eigentlich nur Interesse dafür, wie er seinen unglücklichen Hunger bis zu einem möglichst hohen Grade befriedigen konnte. Darauf gab er sich noch rasch den Anschein, als erledigte er seine Schularbeiten, fiel dann ins Bett und schlief nach Sekundenfrist fest wie eine Ratte. Fred wollte Mechaniker werden, ach was, Erfinder wie Watt oder Edison oder Autobauer wie Ford. Frau Blüch bewunderte diesen Sohn heimlich und fand es durchaus verständlich, daß er bei solchen Zielen keine Zeit hatte, Kohlen und Kartoffeln für die Mutter zu tragen oder gar Einkäufe für sie zu besorgen. Sie hatte ja für solche Arbeiten auch ihren Karl, der oft sah, was zu tun notwendig war, ehe man es ihm überhaupt gesagt hatte. Diese verständige Aufmerksamkeit, die sich an nützlichen Handreichungen zeigte, kaum daß das Kind richtig denken konnte, hatte die Mutter allmählich dazu gebracht, sich mit dem Kleinen wie mit einem Erwachsenen zu unterhalten. Sie brauchte eben jemand, dem sie ihr Herz über ihre täglichen Sorgen ausschütten konnte, und ihr Mann, wenn er von seiner schweren Arbeit in den Docks heimkam, war müde und wollte seine Ruhe haben. Höchstens, daß er noch eine Weile den Zukunftsplänen zuhörte, die Fred, auf den auch er stolz war, entwickelte.

Karl trat also jetzt in die Küche, wo die Mutter gerade dabei war, das Innere ihrer Geldtasche nach außen zu kehren, ohne daß natürlich das kleinste Silberstück dabei herausfiel.

„Was suchst du, Mutter?“ fragte das Kind.
Mit raschen Worten und von leileim Schluchzen unterbrochen, erzählte Frau Blüch ihr Mißgeschick. In vier Tagen erst bekam sie wieder ihr Wirtschaftsgeld. Bis dahin hätte also die Krone reichen müssen. Was sollte sie machen, wenn sie sich nicht wiederfand?

Karl begriff die Tragik dieser Situation, aber er begriff auch, daß man dem Vater und dem Bruder, die bald heimkehren würden, vor allen Dingen das Unheil verschweigen und ihnen außerdem Mittagessen vorsetzen müsse. „Ach helfe dir nachher suchen,“ tröstete er die Mutter, nahm einen Penny und ging, um Salz zu kaufen.

Frau Blüch erinnerte sich nun auch an die Vorkämpfer der Stunde. Sie räumte den Schrank wieder ein und machte sich daran, das Essen fertigzustellen. (Schluß folgt.)

Nationaler Kater.



Gestern noch von Siegestrausch umfunktelt,
Fühlt man heute schon sein Glück verdunkelt;
Und die Siegestrompeten werden stumm.
Auf dem Dach der Nationalvereine,
Im geheimnisvollen Mondenscheine,
Schleicht ein ungeheurer Kater rum.
Denn was nützt's, wenn man am Parlamentsfisch
Sich als Sieger fühlt, wo dort geipenstisch
Anheil allen Kaiserfreunden dräut;
Denn im Falle neuer Reichstagswahlen
Muß die Reaktion die Zehre zahlen.
Was nützt da der ganze Volksentscheid?

Monte Carlo.

Von Siegfried Nestriepke.

Es gibt wohl wenige Flecken auf unserer Erde, wo sich das Auge an Schönheiten so satttrinken kann, wie in diesem Monte Carlo.

Wundervoll, wie hier die weite blaue Bucht des Meeres umgrenzt wird von bergigen Landzungen, die in der Ferne grau ver-dämmern, wie hier die Hänge schroff und steil, bald felsig grau, bald grün und buschig zum weiligen Ufer hinabstürzen, wie auf ihnen die Häuser malerisch gruppiert, hier in dichtem Gedränge, dort einzeln und verstreut, weit, weit hinaufklettern, und wie dann dort auf schroffen Felsen, weit vorgeleert in das Meer, das alte Monaco in grünem Gürtel träumt.

Dazu diese Stadt selbst: Nicht eben romantisch, vielleicht mit etwas zuviel Luxus und „Kultur“, aber doch eine Freude in ihrer blanken Sauberkeit, mit ihren eleganten Straßen und Plätzen, mit ihren prächtigen, hochragenden Hotelbauten, mit ihren wundervollen Parks voll exotischer Bäume und Büsche, voll herrlich saftiger Rosen-schalen, mit ihren Treppen und Terrassen. Es hat alles etwas Impressionistisches... bis hin zu den Stadtdächern, die in üppiger Uniform — hellblaue Hosen mit roten Generalabzeichen, dunkle Röcke mit weißem Leder und prächtigen rotweißen Schnüren, dunkle Lederhelme mit silberner Riefenkorde und weißem Gehr — majestätisch auf den weiten Plätzen stehen und ihre Herrlichkeit zur Schau stellen.

Die eigentliche Saison ist zu Ende. Viele der großen Hotels haben bereits geschlossen. Gleichwohl wimmelt noch alles von Fremden. Man hört mehr englisch auf den Straßen als französisch, obgleich doch dies die Landessprache ist. Auf der Terrasse am Kasino inmitten des grünen Parks mit ihren leuchtendblauen Bänken und Säulen hinter weißer Balustrade flaniert die Weltklein — jenseits, vor dem „Casé de Paris“, gegenüber dem Eingang des Kasinos, ruht es sich bei Kaffee und Eis von den „Strapazen“ aus. Da leuchtet es von hellen, auffallenden Toiletten (merkwürdig: die hellsten und auffallendsten werden von der ältesten Generation getragen; die Damen mit weißem Haar promenieren in den luftigsten Kostümen, auf den buntesten Stöckelschuhen und in den zartestfarbenen Strümpfen) — fischrote Lippen glänzen, von den „Wangen“ schimmert ein fast violetter Glanz, und schwarze Samtbänder rahmen die Augen, — soweit sie unter den gelben Schutzbrillen zu sehen sind.

Die wenigsten freilich von den Vielen, die hier zusammenkommen, jog wohl die Schönheit dieses Erdensäckchens her. Sie kamen um jenes Bauen willen, der inmitten der Stadt mächtig und breit seine Fassade zur Schau stellt, sie kamen, um dies „Kasino“ zu besuchen und die Spielbank, die es neben einer großen Wandelhalle, neben einem großen Theatersaal, neben Kasse- und Restaurationsräumen und neben vielem anderen mehr in seinem Innern birgt.

Diese Spielbank kennt keine Ferien, keine Sonntagsruhe. Tag-aus, tagein ist sie in Betrieb, von morgens 10 Uhr bis des Nachts um 2. Und immer wimmelt es in ihr von Menschen. In mehreren Ecken baut sich ein gutes Duzend großer Spielische auf. In den Hauptverkehrsstunden sind alle von einer dichten Menge umlagert. Die meisten dienen dem „Roulette“-Spiel, bei dem man auf bestimmte Zahlen setzt, sei es auf eine einzelne allein, sei es auf mehrere zugleich, und bei dem dann eine rollende Kugel entscheidet, welche Zahl jeweils gewinnt; eine kleinere Zahl ist für „Trente et Quarante“ reserviert, bei dem der Spielleiter Karten ausdekt, und bei dem dann die Farbe oder auch die Summe der Augen über Gewinn und Ver-

lust entscheidet. Acht Beamte regeln an jedem Tisch den „Verkehr“, sorgen dafür, daß die „Ships“, die an zahlreichen Wechselstellen er-häuflichen gelblich-schwarzen Marken von verschiedenen Werte, richtig gefehrt werden, daß die Spiele sich reibungslos abwickeln, daß die Verluste eingezogen und die Gewinne ausgezahlt werden. Erstau-nlich, mit welcher Geschäftlichkeit das alles vor sich geht! Erstau-nlich vor allem, wie schnell beim Roulettepiel mit den harten-schwarzen Instrumenten die Einsätze, die nicht gewonnen, oft Hunderte von Wertmarken rechts und links, vorn und hinten, zusammengeschert werden, so daß nur die wenigen Marken stehen bleiben, die einen Gewinn erzielen, und wie gleichzeitig ebenso rasch den Gewinnern ihre Häuflein neuer Wertmarken zugeschoben werden! In kurzen Zwischenräumen tönen die Rufe der Spielleiter durch die Säle: „Faites votre jeu!“, „Rien ne va plus...“ Oder richtiger: sie klingen über den Tisch, denn die Stimmen, die sie rufen, sind so gedämpft, daß man schon aufmerken muß, um außerhalb des Kreises der Spielteilnehmer etwas zu vernehmen.

Monte Carlo ist „billig“ geworden, — dank der Inflation. Früher mußte man, um einen Einsatz wagen zu können, schon einen ganz anständigen Betrag riskieren. Aber bei der Entwertung des Franken wagte man wohl nicht, die Einsätze im gleichen Tempo hin-aufzusetzen. An manchen Tischen kann man sich also auch heute noch mit Wertmarken über 5 Franken am Spiel beteiligen. Das macht dem derzeitigen Kurs kaum 70 Pfennige aus.

Reisert man das Publikum, so fällt auf, daß hier eigentlich garnicht jene Eleganz dominiert, die draußen im hellen Sonnenlicht so stark hervortritt. Natürlich: auch hier sieht man elegante Toiletten, und kunstvoll frisierte blondgeblähte Lockenköpfe jart geschminkter Damen strömen alle Bohigerüche Arabiens aus, zumal in den späte-ren Abendstunden. Indessen besteht die überwiegende Mehrzahl der Besucher doch augenscheinlich aus Angehörigen einer anderen Schicht. Man sieht viele einfache, dunkle Frauenkleider von keineswegs modernem Schnitt, und neben den Herren im Smoking oder Sträßen-anzug nach der letzten Mode weit mehr Gestalten mit abgetragenen Jacketts. Scheint es nur so, daß dies sogar die zähesten, die leidens-chaftlichsten Spieler sind? ... Auch diese Besucher des Mittel-standes sind Fremde, müssen Fremde sein; denn Einheimische und Bewohner des angrenzenden französischen Gebietes dürfen die Spiel-säle nicht besuchen. Eine genaue Pfortenkontrolle sorgt dafür, daß ihnen kein Einsatz wird.

Alle Typen von Spielern sind zu beobachten: Die Dame von Welt, die von mehreren Kavaliern umgeben, durch die Säle schlen-dert, hier und dort einen Einsatz macht und scheinbar lustig aussieht, wenn der Einsatz verloren geht; daneben die Witte mit verlebtem, verknittertem Gesicht, das graue Haar in wirren Strähnen über der Stirn, dürrig und unordentlich gekleidet, die schon seit Stunden auf ihrem Stuhl hockt, einige Haufen kleiner Wertmarken vor sich aufge-stapelt, um immer, wenn ein neues Spiel beginnt, sich halb empor-zuheben und mit ihren Spinnenarmen hier und dort mit fast un-beheimlichter Behendigkeit ihre Chips zu legen. Mit welcher Oier sie dann die Gewinne einstreicht, wie ihre Augen aufzucken, wenn ein Spiel nur Verluste brachte! Hier ein älterer Engländer im Sport-dress, eben erst angekommen, der augenscheinlich von den Regeln des Spiels gar keine Ahnung hat, aber mit vergnügtem Bächeln einem der Angestellten eine Handvoll Scheine zur beliebigen Verwendung gibt, dann als sie verloren sind, sein Experiment noch ein poarmal wiederholt, aber schließlich doch genug hat und etwas weniger ver-gnügt von dannen tritt; dort ein „Systemspieler“, der mit rotem Kopf die meiste Zeit damit verbringt, zu addieren und zu subtra-hieren, lange Formeln aufzustellen und in seinem Notizbuch zu blättern, bis er dann immer im letzten Augenblick, wenn die Kugel längst im Rollen ist, seine Wertmarken zum Einsatz bringt. (Eristau-nlich übrigens, wie viele solcher „Systemspieler“ es augenscheinlich gibt! Mindestens ein Drittel aller Spielteilnehmer macht sich Notizen, zeichnet auf einer Karte des Spieltisches das Fallen der Kugel von Zahl zu Zahl und zieht daraus seine Schlüsse). ... Der Zufall wollte, daß uns eine Gestalt bei jedem Besuch der Spiel-säle über den Weg lief. Ein junger Mensch, nicht unempfindlich in seinem Auftreten, offenbar stets bemüht, unauffällig und ruhig zu erscheinen, und doch stierend vor innerer Erregung; das Haar immer wirr, die Stirn heiß und rot. Er tauchte bald hier, bald dort auf, immer nur, um wenige Einsätze am gleichen Tisch zu machen. Das erstemal, da wir ihn sahen, zog er die Aufmerksamkeit vor allem auf sich, weil er nur Wertmarken über 500 Franken setzte und immer mehrere zugleich. Das sechsmal, da wir ihm begegneten, hatte er nur noch die metalle-nen Chips im Werte von 10 Franken. War er nur vorsichtiger ge-worden? Oder waren es letzte Verluste, wieder zu gewinnen, was bereits verloren war?

„Monte“ steht, wie jeder weiß, unter der Herrschaft Seiner Königlichen Hoheit des Fürsten von Monaco. Es ist nicht die Haupt-stadt seines Reiches, aber es hängt mit dieser durch das Zwischenglied des Stadtteils Condamine unmittelbar zusammen. Dies Reich ist ja nicht so groß, daß zwischen den einzelnen Orten größere Abstände liegen könnten. Seine größte Ausdehnung in der Länge beträgt knapp 3 1/2 Kilometer, und die Breite wechselt zwischen 1000 und ganzen 150 Metern.

Die Hauptstadt heißt wie das Land. Jenseits des Hafens, der zu den Felsen von Condamine in die Berghänge hineinragt, trotz dieses Felsensteil und hoch über dem Wasser. Zwischen Büschen und Bäumen klettern alte graue Mauern den Felsen hinauf. Im Jizack schlängelt sich vom Hafen die Straße nach oben. Dort enge und enge Gassen zwischen hohen Häusern; aber auch hier prinzipielle Sauberkeit, nichts von jener Armut, jenem Stank und Schmutz, die sonst in den südlichen Küstenorten die Alpbäder bei aller Romantik so fürchterlich machen.

Soweit man feststellen kann — ob man Monte Carlo durch-wandert, oder die eigenförmig übereinandergelagerten Straßen Condamines durchstreift, oder dieses Monaco beschaut —, diesem Ländchen scheint es gut zu gehen. Sicher wird es auch in ihm armes Volk geben; aber Wohlstand und Behäbigkeit herrschen augenscheinlich vor. Es lohnt sich scheinbar, eine Spielbank zu unterhalten.

Kein Zweifel: Dies Ländchen mit seinen 20 000 Seelen lebt von der Spielbank. Bieviele Menschen erhalten schon unmittelbar durch sie ihr Brot! Man darf schätzen, daß mit der Bedienung der Spielische, mit dem Wechselwesen in den Abrechnungsbureaus, in der Haus-verwaltung des „Kasinos“ um 600 oder gar 800 Menschen be-schäftigt sind, die mit ihren Familien schon einen ganz ansehnlichen Teil der Bevölkerung ausmachen. Dazu kommen all jene, die mittel-bar von der Spielbank profitieren, indem sie an den Fremden ver-dienen, die durch die Spielbank angezogen werden.

Die Spielbank ist kein Unternehmen des Staates. Sie ist im Besitz einer Aktiengesellschaft, die aber natürlich dem Staat ordent-lich zahlen muß. Möglich, daß in keinem anderen Lande Europas die Steuerlast so gering ist wie hier.

Man weiß, wieviel Unheil diese Spielbank schon gestiftet hat und immer wieder stiftet. Wie oft hört man von Unglücklichen, die, nach-dem sie im Spiel ihr Bestes darangesetzt hatten, hier ihrem Leben ein Ende machten. Ein bitterer Schicksal kommt in den Mund, wenn man mit solchen Gedanken durch die herrlichsteiten dieses Ländchens wandert und sich an seinem Wohlstand freut. Ein bitterer Ge-schmack... aber schön ist es doch, dieses Stückchen Erde mit seinen Bergen und seinem Meer, mit seinen berggletternden Häusern und blühenden Gärten! Und voll interessanten Treibens sind seine Straßen und Plätze, seine Säle und die „Hölle“, um die sich schließlich alles dreht.

Schutzzoll und Handelspolitik.

Der Vertrag mit Dänemark vom Reichstag angenommen. Debatte über die zukünftige Handelspolitik.

Der Reichstag nahm gestern zunächst folgende Entschließung an: Die Reichsregierung zu ersuchen, ob nicht eine verbesserte Anrechnung der während des Krieges 1914/18 in der freiwilligen Krankenpflege abgeleiteten Dienstzeit auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit der Reichsbeamten möglich ist. Es folgt die Beratung des

Gesetzentwurf zur Änderung des Bankgesetzes.

Der der Regierung das Recht zur Ausgabe von Reichsschatzwechseln bis zu 400 Millionen Mark geben will.

Reichswirtschaftsminister Dr. Cullius weist in der Begründung der Vorlage darauf hin, daß der Reparationsagent gegen die Begebung von Schatzwechseln nichts eingewandt habe. Es handelt sich nicht darum, die Kreditgewährung der Reichsbank an das Reich weiter auszudehnen. Vielmehr sei das Ziel der hier ins Auge gefaßten Gesetzesänderung eine Erweiterung der Kreditmöglichkeiten des Reichs durch Schaffung günstiger Bedingungen für die Unterbringung von Reichsschatzwechseln am Markt. Solche vom Reich einmal begebenen und vom Markt ausgenommenen Schatzwechsel sollen im Wege des Diskonts zur Reichsbank gelangen können. Als Wechsel im Sinne der Wechselordnung müssen sie zu diesem Zwecke an die Reichsbank geliefert werden.

Abg. Hergt (Dnat.) meint, daß man vom Standpunkt der Reichsbank und des Geldmarkts aus keine Bedenken gegen die Vorlage zu erheben habe. Es sei zu begrüßen, daß eine Erweiterung der Kreditbeschaffungsmöglichkeiten des Reichs geschaffen werde. Bedenklich könne aber die Ausgabe von Schatzwechseln für die Finanzverwaltung werden, wenn sie sich dazu zu unvorsichtigen Handlungen verleiten ließe. Heute stehen wir vor einer bedenklichen Erleuchtung der Reichsbank. Der Kassenbestand werde immer geringer und man sehe nicht, wohin diese Entwidlung führen solle. Außerordentlich große Ausgaben würden für die Erweiterung der Unterstützung aufgewendet und sie würden noch automatisch weitergehen. Es liege ein Nachtragsetz zwischen 400 bis 500 Millionen in Aussicht. (Hört! hört! rechts.) Woher will der Reichsfinanzminister die Deckung dafür nehmen. Und dieses Defizit schon jetzt, wo sich das Dawes-Abkommen noch nicht ausgewirkt habe. Es sei zu befürchten, daß die 400 Millionen Schatzwechsel nicht, wie es in der Vorlage heißt, zu vorübergehenden Ausgaben, sondern zur Verschleierung dieses Defizits benützt würde. Zu befürchten sei weiter, daß das Reich in bedenkliche Abhängigkeit zur Reichsbank gerate, die doch starken Einflüssen vom Auslande her unterliege. Der Redner beantragt schließlich die Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

meint, der Abg. Hergt habe wieder einmal der Abneigung seiner Parteifreunde gegen Steuerminderungen Ausdruck gegeben. Die Schilderung der Finanzverhältnisse des Reichs durch den Vortredner sei viel zu schwarz gemalt. Die Regierung habe nicht die Pflicht, vom Reichstag neue 400 bis 500 Millionen zu verlangen, ihre Schätzungen der Einnahmen hätten sich bisher als richtig erwiesen. Ein Defizit sei trotz der schlechten Wirtschaftslage nicht zu erwarten, vorausgesetzt, daß nicht neue Ausgaben gemacht würden. Der Etat werde voraussichtlich so abschließen, wie er aufgestellt wurde.

Die Vorlage wird darauf dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der deutsch-estnische Schiedsgerichtsis- und Vergleichsvertrag wird in allen drei Beratungen ohne Aussprache angenommen.

Darauf kommt

der deutsch-schwedische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag

zur ersten Beratung. Nach Ausführungen des Gen. Hilderling, die wir im Haupt-Motiv wiedergeben, wendet sich Abg. Hörnle gleichfalls scharf gegen die Handelspolitik der Regierung. Mit Hochschulprüfungen würde die Lage der Verbraucher noch weiter verschlechtert werden, ohne daß sich dadurch die Lage der kleineren und mittleren Landwirtschaft bessern würde.

Abg. Horlacher (Bagr. Sp.) führt aus, die Not der Landwirtschaft bringe die deutsche Gesamtwirtschaft in Gefahr, auch die deutsche Arbeiter. Ohne einen ausreichenden Zollschutz könne die deutsche Landwirtschaft nicht bestehen. Wenn sich das deutsche Volk an dem Verbrauch einheimischen Getreides gewöhne, dann würden die Preise trotz des Zollschutzes nicht steigen.

Abg. v. Rüdiger (Dem.) erklärt,

daß die Vorlage des vorigen Jahres die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe. Uebrig geblieben seien nur die hohen Preise und die ständig wachsende Verteuerung der ganzen Lebenshaltung.

Die notwendigen Handelsverträge seien bisher noch nicht zustande gekommen. Gegen die im Schwedenvertrag vorgesehenen Zollsätze müsse man die allergrößten Bedenken haben, die Futtermittelzölle seien vollständig unannehmbar.

Damit schließt die Aussprache. Der Vertrag wird dem Auswärtigen und dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der Vereinbarungen mit Dänemark über Zollrückstellungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handelsreisender in Dänemark.

Abg. Thomsen (Dnat.) wendet sich gegen den Vertrag, weil er schwere Schädigungen für die deutsche Landwirtschaft bringe.

Abg. v. Gräfe (Bölk.) lehnt gleichfalls den Vertrag ab.

Abg. Krähig (Soz.)

bezeichnet die Kritik der Rechten an diesem Vertrage als ungeheuer übertrieben. Welche falschen Behauptungen aufgestellt werden, zeige sich an folgendem Beispiel. Es wurde gesagt, daß die deutschen Pferdezüchter durch die Einfuhr aus Dänemark außerordentlich geschädigt würden. Dabei sei die Gesamteinfuhr an Pferden nach Deutschland von 35 637 im Jahre 1913 auf 3688 im Jahre 1919 zurückgegangen, die Einfuhr aus Dänemark von 8886 auf 154. (Hört! hört! bei den Soz.)

Wenn wir jetzt so ungeheure Schwierigkeiten in der Handelspolitik haben, so sind die Reife vor allem daran schuld, die uns in das jetzige Elend hineingebracht haben.

Der Vertrag wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 158 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Bayerische Volkspartei, die Mehrheit der Wirtschaftlichen Vereinigung, Kommunisten und Bölkische.

Auf Antrag des Abg. Dr. Behr (Wirtsch. Bg.) wird durch Hammelprüfung mit 181 gegen 159 Stimmen die dritte Beratung von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes.

die eine Anpassung an Bestimmungen des Knappschaftsgesetzes will.

Abg. Tiedt (Komm.) lehnt die Vorlage ab, da sie einen Abbau der Sozialversicherung bedeute.

Abg. Frau Schröder (Soz.) begründet einen Antrag, monach Sinderzuschuß und Waisenrente bis zum 18. Lebensjahre gezahlt werden sollen, wenn das Kind aus seinem Arbeits-

Die Hauszinssteuer vom Landtag verabschiedet

Zusammenlegung der Berliner Gerichte beschlossen. — Die Vorlage über die Reichsratsstimmen wieder durch Obstruktion gescheitert.

Der Landtag übermies gestern zunächst eine Reihe kleiner Gegenstände der Ausschussberatung. Der Ausschussantrag, Beihilfen zu gewähren zur Fertigstellung der neuen Hebammenlehranstalt in Insterburg wird ohne Aussprache angenommen. Es folgt die dritte Beratung der Hauszinssteuer.

Abg. Heden (Dnat.) und Stendel (Sp.) beantragen Zurückverweisung an den Hauptausschuß, da der Antrag 7a über die Fürsorgeverbände geändert werden müsse.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhoff spricht sich gegen die Vorlegung aus. Die Verabschiedung des Gesetzes dürfe nicht länger hinausgeschoben werden, da der 1. Juli vor der Tür stehe. Mit den kommunalen Verbänden habe man nicht zu einer Einigung kommen können.

Während Abg. Hoff (Dem.) und Herold (Z.) gegen Zurückverweisung sprachen, traten Abg. Killian (Komm.) und Ladendorff (Wirtsch. Bg.) dafür ein.

Die Abstimmung ergibt 150 Stimmen für und 181 Stimmen gegen die Zurückverweisung.

In der dritten Besprechung beharren sodann Abg. Heder (Dnat.) und Killian (Komm.) auf dem aus den vorausgegangenen Beratungen bekannten Standpunkt ihrer Partei.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

verweist im Hinblick auf die Haltung der Kommunisten darauf, daß es infolge der Reichsgesetzgebung und der Zusammenlegung des Landtags leider nicht möglich sei, das ganze Hauszinssteuerverkommen für den Wohnungsbau zu verwenden. Wenn man aber daraus die Konsequenz ziehen wolle, das Gesetz abzulehnen, würde man überhaupt die Möglichkeit beseitigen, öffentliche Mittel zur Behebung der Wohnungsnot bereitzustellen. Auf diesem Wege könnten zur Befriedigung des Wohnungselends die Sozialdemokraten nicht mitgehen. Auch das Eintreten der vollen Friedensmiete am 1. Juli werde für alle deutschen Länder durch Reichsgesetz vorgeschrieben.

Durch die gegenwärtige Vorlage würde verhindert, daß den Hausbesitzern die Mieterhöhung ab 1. Juli ganz in die Tasche fließe. Sie müssen eben die zu erhöhende Hauszinssteuer zu Gunsten des Wohnungsbaues damit bezahlen. Die völlige Freilassung der Landwirtschaft von der Hauszinssteuer sei das größte Unrecht des ganzen Gesetzes, ließe sich aber leider nicht beseitigen, weil eine starke Mehrheit, wie in den Deutschnationalen bis in die Reihen der Demokraten hinein, dafür sei.

Die Form der sozialen Erleichterungen in der gegenwärtigen Vorlage sei nicht glücklich. Aber es sei bis jetzt nicht möglich gewesen, eine Form zu finden, der alle Beteiligten zugestimmt hätten. Änderungen müsse man hier aus der Praxis heraus für die Zukunft erwarten. Im Reichstag müßten die steuerlichen Dinge so umgefaßt werden, daß sobald wie möglich das ganze Hauszinssteuerverkommen für den Wohnungsbau verwendet werden kann.

Abg. Ladendorff (Wirtsch. Bg.) setzt sich besonders für die Erhaltung des Mietwohnraums ein, die in der gegenwärtigen Vorlage überhaupt nicht berücksichtigt werde. Bereits jetzt seien aber annähernd 9000 Mietwohnungen nicht mehr bewohnbar.

Abg. Hoff (Dem.) begründet einen demokratischen Entschließungsantrag, der für die Instandsetzung des Mietwohnraums Mittel befürwortet.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhoff wendet sich gegen zu weit gehende Änderungsanträge der Rechten, die er abzulehnen bittet. Weiter weist er die von der Wirtschaftlichen Vereinigung in der Debatte vertretene Auffassung zurück, als ob das Gesetz den Interessen des Mittelstandes nicht entspreche. Er bezieht sich dabei auf eine Zuschrift aus Kreisen des Bauhandwerks, die ihre Zufriedenheit mit der Hauszinssteuerregelung ausdrückt.

Abg. Stendel (D. Sp.): Wenn sich die Koalitionsparteien gegen unsere Widerlungs- und Besserungsanträge erklärt haben, dann können sie uns keinen Vorwurf machen, daß wir das Gesetz nicht annehmen.

verdient ein Einkommen hat, daß das doppelte seiner Rentenbezüge nicht übersteigt.

Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 151 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Dagegen wird beschlossen, daß die gegenwärtigen Bezüge bei den auf Grund des neuen Gesetzes erlöschenden Anprühen noch bis zum 1. Oktober gezahlt werden sollen. Außerdem wurde bestimmt, daß, wenn die Invalidität oder die Berufsunfähigkeit wegen Verschlimmerung der Unfallfolgen nachträglich als Folge des Unfalls gilt, die Ruhevorschrift nicht zur Kürzung des bisherigen Gesamtrentenbetrags angewendet werden darf.

Mit diesen Änderungen wird die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Einige Anträge auf Hilfeleistung für die Hochwasserschädigten werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Um 6 Uhr verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs über den Mieterschutz, Gesetzentwurf zum Volksschied über Aufwertung, kleinere Vorlagen.

Groß-Hamburg und Preußen.

Keine Einigung. — Verhandlungen von Fall zu Fall.

In den am Mittwoch zwischen der preussischen und der hamburgischen Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Groß-Hamburg-Frage ergab sich, daß über den im Drews-Röbern-Gutachten vorgesehenen Gebietsaustausch und Finanzausgleich eine Einigung nicht zu erzielen war. Es bestand Einverständnis darüber, daß daher eine Lösung der Frage auf der Basis des Gutachtens als ausgeschlossen zu betrachten sei. Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ meldet, wurde aber von Vertretern der beiden Regierungen die Bereitwilligkeit ausgesprochen, künftig über ihre Maßnahmen auf dem Gebiet des Hafensbaues, des Siedlungs- und Verkehrswezens von Regierung zu Regierung Fühlung zu nehmen.

Änderung des Reichspostfinanzgesetzes.

Mehr Geld in die Reichskasse.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde gestern beschlossen, den Verwaltungsrat der Reichspost mit 40 Mitgliedern zu besetzen, von denen neunmehr entfallen auf Reichstag und Reichsrat je 10, auf das Personal der Deutschen Reichspost 7, aus den Kreisen der Wirtschaft 12 und einen Vertreter des Reichsfinanzministers.

Bezüglich der Rücklage wurde mit großer Mehrheit der folgende Antrag angenommen: Es ist eine Rücklage bis zur Höhe von 100 Millionen aus einer jährlichen Rücklage von 0,8 Proz. der jährlichen Betriebseinnahmen den reinen Ueberschüssen und eigenen Zinsen zu bilden. Nach Erreichung der 100 Millionen fließen die Ueberschüsse und die Zinsen der Rücklage unverzüglich in die Reichskasse. Die Rücklage dient zur Deckung von Fehlbeträgen. Die Bestimmung erhält rückwirkende Kraft vom 1. April 1925 ab.

Abg. Stoff (Komm.) versucht die Ausführungen des Genossen Meyer-Solingen zu widerlegen.

In der Abstimmung

wird der deutschnationale Antrag auf völlige Steuerfreiheit der Binnen- und Küstenschifffahrt gegen die Rechte abgelehnt. Gleichlautende Anträge der Deutschnationalen und Wirtschaftlichen Vereinigung, nicht 1000, sondern nur 900 Proz. der Grundvermögenssteuer als Hauszinssteuerertrag zu bestimmen, werden in namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

Namentlich wird sodann abgestimmt über einen deutschnationalen Antrag, der aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer den Bezirksfürsorgeverbänden für hilfsbedürftige Mieter 10 Proz. v. o. r. m. g. überweisen will. Von dem hiernach verbleibenden Steuerertrag ist die eine Hälfte zur Förderung der Bautätigkeit zu verwenden. Die Vorlage bestimmt demgegenüber, daß zur Förderung der Bautätigkeit die Hälfte vom ungeschmälereten Hauszinssteuerertrag verwendet wird. Der deutschnationale Antrag wird mit 213 gegen 188 Stimmen abgelehnt. So bleibt es also bei der Vorlage.

Dagegen wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums die Bestimmung der Vorlage gestrichen, die landwirtschaftliche Grundstücke, soweit sie werden Zweckes oder als Familienwohnungen dienen, von der Steuer nicht befreien wollte. Annahme fand ferner u. a. ein deutschnationaler Antrag, als Friedenswert im Sinne des Gesetzes den Grundvermögenssteuerwert im Sinne des Gesetzes den Grundvermögenssteuerwert festzusetzen.

Am übrigen bleibt es im wesentlichen bei den Ausschuß- bzw. Plenarbeschlüssen zweiter Lesung.

Die Schlussabstimmung ergibt mit 216 gegen 187 Stimmen die Annahme des Gesetzes, das damit endgültig verabschiedet ist.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. — Psuirufe bei den Kommunisten.)

Das Haus stimmt noch einer Reihe von Entschließungen zu, in denen u. a. verlangt wird: Erleichterung der Beschaffung der ersten und zweiten Hypotheken zur Finanzierung des Wohnungsbauens; Anordnungen dahin, daß für Instandsetzungsarbeiten in Mietwohnungen Mittel aus dem Hauszinssteuerertrag als Zuschüsse, Darlehen oder zur Bildung von Bürgschaftsfonds verwendet werden; Einsetzung eines aus 12 Mitgliedern bestehenden Rates für die Aufstellung der Richtlinien über die Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und die Grundzüge der Verteilung der Mittel aus den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds.

Das Haus nimmt die Abstimmung zum 7. Juni vor, wobei ein Antrag des Hauptausschusses auf Wiederherstellung der Altersgrenze für Richter beim 68. Lebensjahr anstatt der bisherigen beim 65., mit 215 gegen 161 Stimmen der Rechten abgelehnt wird.

Annahme findet ein Antrag auf Zusammenlegung der Berliner Gerichte im Interesse der Rechtshöfungen.

Nachdem noch eine Reihe von Beamtenanträgen dem Beamtenausschuß und solche auf Widerrückung des Strafvollzugs dem Rechtsausschuß überwiesen worden waren, wurde mit 233 gegen 136 Stimmen der kommunistische Antrag abgelehnt, der für gewisse Fälle von Verreibungen volle Straffreiheit gewähren wollte. Damit waren die Abstimmungen zum Justizhaushalt erledigt.

Die Wiederholung der namentlichen Abstimmung zur Vorlage über die Reichsratsstimmen, bei der sich schon wiederholt die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte, ergibt auch diesmal Beschlußunfähigkeit, da von der aus Deutschnationalen, Bölkischen, Zentrum und Hannoveranern bestehenden Obstruktion wiederum keine Karten abgegeben werden.

Um 1/2 6 Uhr verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Finanzverwaltung, kleine Vorlagen und Abstimmungen.

Das Wanderarbeiterproblem.

Deutschnationale Demagogie im Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch Stellung zu dem Problem der Beschäftigung polnischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft. Die Regierung ließ erklären, daß sie vorgesehen beabsichtigt sei, den Umfang der Beschäftigungsmöglichkeit polnischer Arbeiter durch Herabsetzung des Kontingents einzuschränken.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) machte in erster Linie den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz dafür verantwortlich, daß jährlich über 100 000 polnische Wanderarbeiter in Deutschland beschäftigt werden. Die Wohn- und Arbeitsbedingungen auf den großen Gütern seien derauf, daß man nur schwer deutsche Arbeiter unterbringen könne. Aber der landwirtschaftliche Arbeitgeber denke nicht daran, bessere Arbeitsbedingungen einzuräumen; er jage vielmehr den ausländischen Arbeiter vor. Dem Standpunkt der Landwirtschaft vertritt die Abg. Schlange-Schöningen (Dnat.) und Hepp (W.P.). Sie warnten davor, der Landwirtschaft zwangsweise die Möglichkeit zu nehmen, polnische Arbeitskräfte zu beschäftigen, die für den Zuckerrübenbau einfach unentbehrlich seien.

Angenommen wurde eine Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, die Arbeitslosigkeit für deutsche Arbeiter in der Landwirtschaft zu erweitern und dem Bau von Wanderarbeiterwohnungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Annahme fand ferner ein deutschnationaler Antrag, der sich im allgemeinen für einen Abbau der Beschäftigungsmöglichkeit ausländischer Arbeitskräfte ausspricht. Sozialdemokraten und Kommunisten lehnten den Antrag mit der Begründung ab, daß sie ihn, von deutschnationaler Seite kommend, für demagogisch und unwahrscheinlich hielten; den materiellen Inhalt billigten sie.

Abbau des Mieterschutzes.

Der Wohnungsausschuß für Zufahmieter.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages fand am Mittwoch ein Gesetzentwurf zur Änderung des Reichsmietengesetzes mit den Stimmen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen Annahme. Danach soll folgende Bestimmung über die Erhebung einer Zufahmiene eingefügt werden: Sind an einem Gebäude oder Gebäudeteil nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung des Mieters oder der Mehrzahl der beteiligten Mieter bauliche Veränderungen vorgenommen, die den Gebrauchswert erhöhen und nicht als Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, und ist die Friedensmiete nicht erhöht worden, so kann der Vermieter die zur angemessenen Verzinsung und Tilgung des zweckmäßig aufgewandten angemessenen Kapitals erforderlichen Beträge nach dem Verhältnis der Friedensmieten auf die Mieter umlegen, für die der Gebrauchswert der gemieteten Räume erhöht wird. (Zufahmiene.) Wird der Gebrauchswert in verschiedenem Umfange erhöht, so hat die Umlegung nach dem Verhältnis der Erhöhung zu erfolgen. Im Streitfalle entscheidet das Mieteinigungsamt.

J. M. Keynes über Privat- und Gemeinwirtschaft

Ideen zu ihrer Verbindung. — Das Ende des „laissez-faire“.

John Maynard Keynes ist ein englischer Nationalökonom, dessen Einsichten, Energie und Tapferkeit bei der Diskussion der beiden größten Weltprobleme der Nachkriegszeit — Reparationen und internationale Schuldenregelung, Währungsstabilisierung und Währungsreform — die Achtung der Welt erworben hat. Er hat auch empfunden, daß der Weltkrieg und seine Folgen, der Zusammenbruch vieler Währungen und die ungeheuren Krisen seitdem dem „laissez-faire“, dem Dogma von der freien Wirtschaft, die ausschließlich Sache der kapitalistischen Unternehmungslust ist, die Schicksalsfrage gestellt hat. Für diese Schicksalsfrage sucht sein Vortrag, den er gestern als Gast der Berliner Universität gehalten hat, eine Lösung.

Er macht mit dem Götzendienst des laissez-faire Schluß. Er entthront ihn in seiner Wurzel, dem religiösen Charakter, den er für das Unternehmertum, für die öffentliche Meinung im Lauf von zwei Jahrhunderten gewonnen hat und dessen Uebermacht auch die Wissenschaft sich nicht entziehen konnte.

„Es ist nicht wahr, daß jedes Individuum eine vorgeschriebene „natürliche Freiheit“ seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Es gibt keinen „Vertrag“, der denen, die schon besitzend oder die noch erwerben, ewige Rechte überträgt. Die Welt wird von obenher nicht so regiert, daß private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen. Sie wird von unten her nicht so verwaltet, daß diese beiden Interessen in praxi zusammenfallen. Aus den Prinzipien der Nationalökonomie folgt nicht, daß der aufgekärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt. Es ist auch nicht wahr, daß der Egoismus im allgemeinen immer aufgeklärt ist; meistens sind die Individuen, die einzeln ihre egoistischen Interessen verfolgen, zu unwissend oder zu schwach, um auch nur diese zu erreichen. Die Erfahrung lehrt nicht, daß Individuen, die sich zu einer gesellschaftlichen Gruppe zusammenschließen, immer weniger klug sind, als wenn sie einzeln handeln.“

Was der Staat auf sich nehmen müsse und was dem Tun der Individuen zu überlassen sei, könne nicht nach abstrakten Theorien entschieden werden. Es sei vielleicht die wichtigste Aufgabe der Nationalökonomie von heute, von Neuem zwischen Staatsdingen und Nichtstaatsdingen zu unterscheiden. Parallel damit gehe die Aufgabe der Politik, im Rahmen der Demokratie Staatsformen zu finden, welche der Uebernahme der neuen Staatsaufgaben gewachsen sind.

Wenn aber Keynes auch den Götzendienst des laissez-faire entthront, so steht er doch zu den Tatsachen, die seine Herrschaft geschaffen hat. Diese Tatsachen seien etwas anderes als das Dogma. Wegen der Herrschaft des Dogmas habe die Wissenschaft diese Tatsachen, wie sie sind, nur nicht klar erkannt oder falsch gedeutet. Von hier aus sucht er eine praktische Lösung für die gestellte Schicksalsfrage.

Der Fortschritt liege in der Entwicklung und der Anerkennung halbautonomer Körperschaften im Rahmen des Staates; Körperschaften, die nur nach dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls handeln und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausschließen. Solche Beispiele seien in England die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hofen, vielleicht sogar schon die Eisenbahngesellschaften. Eine der wenigsten bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sei die Tendenz der privaten Großunternehmungen, sich selbst zu sozialisieren. In ihrer Entwicklung (Eisenbahnen, Großbanken, Versicherungsgesellschaften) komme ein Moment, wo das unmittelbare Interesse der Verwaltung, an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekomme und wo Leistung und Ansehen der Unternehmung wichtiger werde als die Dividende. Die Bank von England, theoretisch rein in Privatbesitz, denke bei ihren geschäftlichen Entscheidungen an keine Menschengruppe in ganz England weniger als an ihre Aktionäre. Die Rechte der Kapitalbesitzer seien auch ganz anders bei vielen anderen großen Unternehmungen, abgesehen von gewissen Dividenden, fast gleich Null. So sozialisieren sich große Unternehmungen mit der Zeit selbst. Auf diesem speziellen Gebiet sei der Kampf des Sozialismus gegen den unbefruchteten Privatprofit kein brennendes Problem mehr. In England sei nichts so unwichtig und gleichgültig für den Wiederaufbau des englischen Wirtschaftslebens, wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der doktrinaire Staatssozialismus, wo er sich gegen natürliche oder erworbene Monopole wende, habe die Bedeutung dieser aktuellen Ereignisse verkannt. Es gibt nach Keynes also starke Tendenzen in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die ausgesprochen gemeinwirtschaftliche Wirkungen haben, obwohl sie in privatkapitalistischen Formen gekleidet sind.

Zum Zweiten ist nach Keynes nicht wichtig für den Staat, daß er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, die heute bereits von Einzelpersonen getan werden, sondern daß er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden. Dazu gehöre die Vorsorge gegen die Ungleichheiten im

Besitz, die Arbeitslosigkeit, der Niedergang von Arbeitskraft und Produktion. Das Heilmittel gegen diese Uebel liegt außerhalb des individuellen Tätigkeitsbereichs.

„Ich glaube, daß das Heilmittel zum Teil in der wohlüberlegten Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen durch eine zentrale Einrichtung, zum Teil in der Sammlung und weitesten Bekannmachung geschäftlicher Statistiken liegt, einschließlich der vollen Publizität aller wissenswerten geschäftlichen Tatsachen, die, wenn nötig, gesetzlich erzwungen werden müßte. Durch diese Maßnahmen wäre die Gesellschaft in der Lage, durch entsprechende Organe die geistige Führung bei inneren Komplikationen der Privatwirtschaft zu übernehmen, doch ohne daß private Initiative und privater Unternehmungsgeist durch sie angetastet würden.“

Man müßte über den Umfang einer Entscheidung treffen, in dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden sollen. Auch wie im Inland die Ersparnisse angelegt werden sollen, sollte man nicht ganz dem Zufall der privaten Entscheidung und des privaten Gewinnes überlassen. Endlich sei die Zeit schon gekommen, wo jedes Land nationale Ueberlegungen anstellen müsse, ob seine Bevölkerungszahl kleiner oder größer werden oder stationär bleiben solle. In dieser vorbeugenden Tätigkeit sieht Keynes also die Aufgaben des Staates.

Man wird zugeben müssen, daß besonders die letzten Vorschläge von Keynes, durch staatliche Maßnahmen, eventuell gesetzlichen Zwang die Wirtschaft so zu lenken, daß die Krisen aufhören, das Sparen und die Anlegung der Ersparnisse und schließlich die Fortpflanzung der Bevölkerung zu regulieren, außerordentlich weit gehen. Bemühungen Keynes um die Schaffung einer „konjunkturlosen Wirtschaft“ sind ja bekannt. Aber was er, offenbar zu ihrer Ermöglichung, für nötig hält, geht weit über alle Utopien hinaus, zu denen sich jemals Sozialisten verstiegen haben. Dabei ist gar nicht zu bestreiten, daß die Dinge einmal so kommen werden und daß es auch nötig ist, daß darauf hingearbeitet wird. Keynes hat auch Recht, daß das schon in der Gegenwart sehr brennende Probleme sind. Man muß sich aber fragen, was um alles in der Welt diese Dinge noch mit dem Kapitalismus zu tun haben. Wenn das die Bedingungen sind, unter denen Keynes seine konjunkturlose Wirtschaft für möglich hält, dann muß er sehr vorsichtig damit sein, noch für den Kapitalismus einzutreten. Wenn er den Staat zum Leiter der Wirtschaft macht, etwas anderes kommt bei seinem „flug geleiteten Kapitalismus“ nicht heraus, dann bleibt vom modernen Kapitalismus nichts mehr als seine kapitalistische Form und seine kapitalistische Technik. Doch aber in Deutschland Gemeinwirtschaft im größten Maßstab in eben dieser kapitalistischen Form und Technik betrieben wird, ist allgemein bekannt. Was man in Deutschland unter organisatorischem oder konjunkturfremdem Sozialismus nennt, stößt sich längst nicht mehr an der kapitalistischen Form; das fordert nur gemeinwirtschaftlichen, sozialistischen Inhalt.

Auf der anderen Seite aber täuscht sich Keynes gründlich, wenn er den großen Privatunternehmungen gemeinwirtschaftlichen Inhalt beimißt. Hier überleht er vollständig über der vergesellschafteten Form das absolut privatwirtschaftliche Wesen und die privatwirtschaftliche Wirkung. Von Gemeinwirtschaft kann nur gesprochen werden, wo der Ertrag der Unternehmungen gemeinwirtschaftliche Verwertung findet. Verstaatlichung der Produktionsmittel hat ja nur deshalb Sinn, weil die Verstaatlichung die Sozialisierung des Ertrages zur Folge hat, und zu dieser Sozialisierung des Ertrages ist die Verstaatlichung eventuell nur Mittel, nicht Zweck. Das Beispiel der Bank von England ist ebenso verfehlt, wie wenn Keynes für Deutschland die Reichsbank als Beispiel aufführen würde. Was bei der Reichsbank das Bankgesetz bedeutet, bedeutet bei der Bank von England Privileg und Tradition. Von hier aus erfüllen beide Banken ihre gesamtwirtschaftlichen Funktionen. Das es dabei private Dividenden gibt, verstößt absolut gegen den Sinn der Gemeinwirtschaft, wenn es auch der kapitalistischen Form entspricht.

Keynes irrt sich. Es ist allerdings begreiflich, daß er sich irrt. Er ist ein Individualist und ein Liberaler. So hängt er am Kapitalismus. Weil es aber auch nach seiner Meinung mit dem Kapitalismus nicht weiter geht, versucht er es mit der Organisation.

Das amerikanische Nationalvermögen. Das Nationalvermögen Amerikas betrug 1925 400 Milliarden Dollar; das Nationaleinkommen wird für das gleiche Jahr auf 90 Milliarden geschätzt, so daß sich ein Zuwachs seit 1915 von 80 Proz. ergibt. Wird jedoch die Kaufkraft des Dollars in Anrechnung gebracht, beträgt der Zuwachs am Nationaleinkommen nur 18 Proz.

Arbeitsmarktlage in der dritten Juniwoche.

Verschlechterung in Berlin und in Westfalen, Rheinland, Hessen, Bayern.

Die Arbeitsmarktlage hat sich nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die dritte Juniwoche nicht wesentlich geändert. Eine gewisse Besserung des Arbeitsmarktes berichten die Landesarbeitsämter in Ostpreußen, in Pommern, in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein. Eine erhebliche Verschlechterung zeigt Berlin an. Ungünstig war die Entwicklung auch in Westfalen, im Rheinland, in Hessen und in Ostpreußen, in Baden und Württemberg und im rechts- und linksrheinischen Bayern.

Die schlechte Witterung hatte die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Gastwirts- und im Verkehrsgewerbe ungünstig beeinflusst. Auch der Braunkohlentagebau war dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Trotzdem machte sich eine gewisse Besserung der Nachfrage in der Landwirtschaft geltend.

Im westfälischen Steinkohlenbergbau sind weitere fühlbare Entlassungen vorgenommen worden. Auch im Hüttenwesen ist mit weiteren Einschränkungen und Einstellungen von Betrieben zu rechnen. Die Verhältnisse im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie sind sehr ungünstig geblieben. Mit Schwankungen im einzelnen und großen örtlichen Verschiedenheiten hat sich auch die allgemeine Lage der Textilindustrie, der Lederindustrie, der Holzindustrie und des Bekleidungsgebietes weiter verschlechtert. In allen Industriegruppen ist auch in der Berichtswoche der Arbeitsmarkt durch starken Wechsel gekennzeichnet worden, da die Anforderung von Arbeitskräften dem jeweiligen Auftragsbestand der Betriebe angepaßt wird.

Die Verteilung der Naturschätze der Welt.

Einer lehrreichen Statistik der amerikanischen Regierung zufolge verteilen sich die Naturschätze in der Welt in Prozenten ausgedrückt folgendermaßen:

Ver. Staaten u. Nordamerika	Lebensmittel u. Textilrohstoffe	Erz u. Holz	Brennstoffe u. Kraftstoffe	Sämtliche Naturschätze	Bevölkerungszahl
Ver. Staaten u. Nordamerika	23	36,5	35,5	31,5	6,5
Europa	14	26	16	18,5	24,0
China, Japan, Sibirien	10	9	22,5	13,5	29,0
Tropische und Südländer	36,5	21,5	26,0	28,5	36,5
Zusammen	83,5	98	100	92	96

Aus der Zusammenstellung geht der ungeheure Reichtum Amerikas an Naturschätzen hervor, das bei einer Bevölkerungszahl von nur 6 1/2 Prozent der Welt 31,5 Prozent der Naturschätze besitzt. Auch die relative Armut Europas an Naturschätzen im Verhältnis zu seiner Bevölkerung findet in diesen Zahlen eine Bestätigung.

Londoner Banken fordern Reorganisation der englischen Kohlenzechen. Aus einem Londoner Bericht der „Industrie- und Handelszeitung“ ist die Feststellung sehr interessant, daß Londoner Banken neuerdings die Gewährung von Krediten an englische Zechenbesitzer von der Reorganisation der Zechenverwaltung abhängig machen. Einige der größten Zechenbesitzer versuchten in der Londoner City Gelder für die künftige Produktion aufzunehmen. Bei den Verhandlungen wurde festgestellt, daß die verschiedenen Betriebe derselben Zechenherren nicht nur unter verschiedenen unabhängigen Leitungen standen sondern sich auch gegenseitig Konkurrenz machten. Es handelt sich also um Zechenbesitz, bei dem die Kohlenrente alles, die wirtschaftliche Verwaltung und Verwertung Nebensache ist. Dem Zechenherren wurde der gewünschte Kredit verweigert mit der Aufforderung, zunächst einmal Vorschläge für eine zentrale Organisation und für eine Vereinfachung der Verwaltung zu machen. Erst dann wollen sich die Banken mit dem Projekt befassen. Dieser Vorgang beweist mehr als alle bisherigen Ereignisse, wie sehr die Frage der Reorganisation des englischen Kohlenbergbaues ein allgemeines Wirtschaftsproblem Englands ist und daß die konservative Regierung Englands mit jedem Schritt, den sie zugunsten der Zechenherren und gegen die streikenden Bergarbeiter tut, englische Allgemeininteressen verlegt.

HAG

Die Patienten finden im Kaffee Hag, dem coffeinfreien Bohnenkaffee, den gleichen Geschmack des Kaffees ohne eine Erregung des Herzens zu spüren.

Geheimrat Excellenz v. Leyden

LAVAREN-HAAR

d. h. also ein mit LAVAREN gewaschenes und gepflegtes Haar fällt stets durch seinen schimmernden Glanz und leichte Frisierbarkeit auf. Und dann — — —

DIE FÜLLE!